

in:

Günter Buchstab/Philipp Gassert/Peter Lang (eds), Kurt Georg Kiesinger 1904-1988 – Von Ebingen ins Kanzleramt, Freiburg 2005, pp. 455-500

Kiesingers Ost- und Deutschlandpolitik von 1966 bis 1969

Oliver Bange

Als Kurt Georg Kiesinger am 1. Dezember 1966 das Palais Schaumburg betrat, war die Kanzlerschaft zumindest ost- und deutschlandpolitisch eher eine Bürde denn eine Würde. Das Verhältnis zu den wichtigsten westlichen Verbündeten schien nachhaltig gestört, die etablierte Deutschlandpolitik – so die denn auf Wiedervereinigung zielte – aussichtslos und eine Ostpolitik erst gar nicht existent. Doch schwierige Ausgangssituationen bergen auch immer die Chance für einen Neuanfang.

Am 27. März 1966 hatten Kiesingers Vorgänger im Kanzleramt, Ludwig Erhard, und sein Außenminister Gerhard Schröder in einer „Friedensnote“ allen Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes - außer der DDR - den Vorschlag des Austausches von Gewaltverzichtserklärungen unterbreitet.¹ Die verbindliche Sprache der Note und ihr Appell an das, was Schmidt und Honecker fünfzehn Jahre später als „Verantwortungsgemeinschaft“ für den Frieden in Europa und der Welt bezeichnen sollten, unterschieden sich zwar spürbar von der bis dato noch oft mitschwingenden Hysterie des Kalten Krieges, kam aber weder den Forderungen des Warschauer Paktes als solchem noch denen irgendeines Mitgliedlandes entgegen. Manche, wie der damalige Bundestagspräsident Gerstenmaier, behaupteten später sogar, daß die Friedensnote von vorneherein nicht als Verhandlungsangebot an den Osten, sondern als Zeichen der Entspannungsbereitschaft Richtung Westen gedacht war, um der dort

¹ Zitierte Archive und ihre Abkürzungen: Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Bonn (ACDP); Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (AdsD); Archives Nationales, Paris (AN); Arkhiv vneshej politiki Rossiskoi Federatsii, Moskau (AVP RF); Bundesarchiv, Koblenz (BAK); Archiv des Bundespresse- und – informationsamtes (BPiA); Beauftragte für Stasi-Unterlagen (BStU); Lyndon B. Johnson Library, Austin/Texas (LBJL); Ministère des Affaires Étrangères, Quai d’Orsay/Paris (MAE); Archiv des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR im PA AA (MfAA); National Archives and Record Administration, College Park/Washington (NARA); Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin (PA AA); Privatarchiv Neusel; Public Record Office, Kew/London (PRO); Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO).

Friedensnote der Bundesregierung, 7.3.1966; Abdruck in: Dokumente zur Deutschlandpolitik (DzD), 1966, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Reihe IV/Bd. 12,1. Frankfurt/M 1981, S. 381-385.

drohenden, wenn nicht bereits eingetretenen Isolierung zu begegnen.¹ Für den alten Kanzler Adenauer wie für den jungen Diplomaten Per Fischer war dies „keine Ostpolitik, nicht einmal eine Politik.“²

Bereits im September lautete denn auch das Verdikt in Washington: „Schröder’s Ostpolitik is stuck“.³ Und tatsächlich mußte der Staatssekretär des Außenministeriums, Karl Carstens, nur wenige Wochen später die Bankrotterklärung für das operable Fiasko der deutschen Ostpolitik abgeben. Das volle Ausmaß des Scheiterns der Schröderschen – und damit auch der seit Adenauer etablierten – Ost- und Deutschlandpolitik und der Isolierung der Bundesrepublik im eigenen Bündnis wird erst in der ausführlichen Aufzeichnung deutlich, die Carstens seiner Darstellung im Bundeskabinett zugrunde legte.⁴ Darin analysierte Carstens sehr realistisch die Ursachen für die Sackgasse der Bonner Politik im Herbst 1966. Die immer noch bestimmende Grundlage für die Deutschlandpolitik der Bundesregierung sei das „aggressive“ Roll-back der fünfziger Jahre. „Trotz 16jähriger konsequenter Verfolgung dieser Politik sind wir dem eigentlichen Ziel, der Wiedervereinigung, nicht nähergekommen.“ Folgen dieser Erfolglosigkeit seien Resignation und ein nachlassender „Wille zur Wiedervereinigung“ in Deutschland sowie eine „Abnutzung“ des guten Willens der eigenen Verbündeten. „Zunehmende Isolierung“ im Westen, „ein hohes zusätzliches Sicherheitsrisiko“ durch die „scharfe“ Konfrontation mit den Osteuropäern, Erpreßbarkeit im Rest der Welt und „Zuschauer“-Status in der deutschen Frage komplettierten das Horrorszenario. Zur Lösung des Problems konnten Schröder, Carstens und Erhard nichts Substantielles mehr beisteuern. Wer jede „entgegenkommendere Haltung gegenüber dem Zonen-Regime“, praktische oder legalistische Anerkennung gar, von vorneherein kategorisch ausschloß, mußte zwangsläufig zu dem Schluß kommen, daß „wir aus dem Dilemma, in dem wir uns befinden, nicht herauskommen [werden].“

Kurt Georg Kiesinger war sich dagegen schon seit längerem bewußt, daß in Anwendung und Interpretation des Alleinvertretungsanspruches, der Hallstein-Doktrin und des Wiedervereinigung-vor-Entspannung-Theorems zunehmend Kreativität statt Dogmatismus

¹ Eugen Gerstenmaier, *Streit und Friede hat seine Zeit – ein Lebensbericht*, Frankfurt/M 1981, S. 455.

² Gesprächsprotokoll de Gaulle-Adenauer in Paris, 10.3.1966. AN: 5 AG 1/163. Per Fischer in einem Interview mit dem Autor 1998.

³ Vorbereitungspapier zur Ostpolitik für Präsident Johnson anläßlich des bevorstehenden Erhard Besuches vom 19.9.1966. LBJL: NSF, CF Europe-USSR, Germany, vol. 192.

⁴ Aufzg. über „Die Problematik unserer Deutschland-Politik“, am 17.10.1966 von Karl Carstens an Gerhard Schröder; Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD), hrsg. von Hans-Peter Schwarz u.a., 1966, Dok. 333. Zu Carstens Ausführungen vor dem Bundeskabinett am 14.10.1966 s. Horst Osterheld, *Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963-1966 – ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt*, Düsseldorf 1992, S. 360f; Karl Carstens, *Erinnerungen und Erfahrungen* (hrsg. von Kai von Jena und Reinhard Schmoeckel), Boppard 1993, S. 761f. Gespräch Osterhelds mit dem Autor, 2.10.1993.

gefragt war. Bereits als Bundestagsabgeordneter hatte er zwischen 1956 und 1959 im Parlament und seinem Auswärtigen Ausschuß durch unorthodoxe Analysen aufhorchen lassen: die NATO war ihm nur ein Instrument zur temporären Sicherung der Republik, die Sowjets durch ein erstarkendes China über kurz oder lang zu einem Entspannungskurs mit Westeuropa gezwungen, den es dann unbedingt im deutschen Sinne zu nutzen galt. Als Kiesinger 1958 die ersten Anzeichen amerikanischer Détente politik witterte, war er sich über die Konsequenzen sofort klar: In Zukunft würden über ostpolitische Polarisierung keine Bundestagswahlen für die CDU/CSU mehr zu gewinnen sein, stattdessen käme es darauf an, durch eine „gemeinsame Außenpolitik“ mit der SPD die Bonner Ost- und Deutschlandpolitik erfolgreich an die neuen entspannungspolitischen Rahmenbedingungen anzupassen.¹ Dazu gehörte für Kiesinger letztendlich (nämlich im Rahmen einer umfassenden Entspannung in Europa, einschließlich Friedensvertrag und freier DDR-Wahlen) auch die Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze. Daß die Hallstein-Doktrin der von ihm beabsichtigten neuen ostpolitischen Ausrichtung „im Wege stand“, gab er 1965 auch öffentlich zu Protokoll: „eine Doktrin ist kein Dogma.“²

Anders als viele Abgeordneten der CDU/CSU hatte Kiesinger deshalb auch mit den außenpolitischen Vorstellungen des 8-Punkte-Programmes der SPD (auf dessen Grundlage die Koalitionsverhandlungen Mitte November 1966 stattfanden) kein Problem.³ Tatsächlich bot dieser Forderungskatalog der SPD die Möglichkeit, die eigenen Erkenntnisse nun – über den Druck des unbequemen, aber leider notwendigen Koalitionspartners – auch in der eigenen Partei bekannt und mehrheitsfähig zu machen. Den Forderungen nach einer Neuordnung der Beziehungen zu Paris und Washington, nach „Versöhnung“ und „Normalisierung“ des Verhältnisses mit Osteuropa und der Multiplikation der Kontakte in die DDR unterhalb einer völkerrechtlichen Anerkennung⁴ konnte der Kanzler *in spe* nur zustimmen. Allein beim Thema Nichtverbreitungsvertrag kam es zum offenen Streit – mit den eigenen Leuten. Kiesingers Argument, daß eine bundesdeutsche Weigerung die eigene Politik „in eine

¹ Dazu ausführlich die Habilitation von Philipp Gassert, Kurt Georg Kiesinger 1904-1998 – Kanzler zwischen den Zeiten, München 2006.

² Rede Kiesingers in Rio de Janeiro, 29.4.1965. Zitiert in: Kurt Georg Kiesinger, Die Große Koalition 1966-1969 – Reden und Erklärungen des Bundeskanzlers, hrsg. von Dieter Oberndörfer, Stuttgart 1979, S. 35.

³ Besonders ausführlich werden die Koalitionsverhandlungen – jeweils aus Unions- und SPD-Sicht – dargestellt in: Daniela Taschler, Vor neuen Herausforderungen – Die außen- und deutschlandpolitische Debatte in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion während der Großen Koalition 1966-1969, Düsseldorf 2001, S. 62ff; sowie Klaus Schönhoven, Wendejahre – Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966-1969, Bonn 2004, S. 51ff.

⁴ Dieses Konzept zur Offenhaltung und Förderung gesamtdeutscher Perspektiven basierte, zumindest im operativen Teil, auf den Berliner Entwürfen Egon Bahrs, der diesen Punkt (3) des SPD-Programmes auch jetzt inhaltlich ausführte. Aufz. „Aufgaben einer neuen Bundesregierung“, 11.11.1966, von Bahr an Brandt. AdSD: Dep. Egon Bahr, Bd. 400. Für das 8-Punkte-Programm s. Vorstand der SPD (Hrsg.), Bestandsaufnahme 1966 – eine Dokumentation, Bonn 1966, S. 19-29.

fürchterliche Lage“ bringen würde, verschlossen sich unter Wortführung von Strauß die meisten anderen Unterhändler der Union. Gegenüber Helmut Schmidt bekannte Kiesinger damals ganz offen, daß er zwar selbst in der Ostpolitik vorwärts gehen wolle, aber er kenne eben auch „die Vorbehalte meiner Partei.“¹

Kiesinger – ein begnadeter „Agenda-Setter“ – nutzte die Gunst der Stunde und codifizierte in seiner Regierungserklärung vom 16. Dezember 1966 Richtung und Spielräume des außenpolitischen Reformkurses der Großen Koalition.² In den nun folgenden Kanzlerjahren sollte er sich immer wieder auf diese Grundkoordinaten berufen müssen – sowohl gegenüber den drängenden Koalitionspartnern als auch gegenüber den zunehmend obstruktiver agierenden eigenen Truppen. Den Osteuropäern offerierte der neue Bundeskanzler eine umfassende Intensivierung der Beziehungen auf allen „wirtschaftlichen, kulturellen und politischen“ Ebenen. Konkret wurde den Polen das Recht auf einen Staat „mit gesicherten Grenzen“ und der Tschechoslowakei die Nichtigkeit des Münchner Abkommens konzidiert, sowie der Wille zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit allen Staaten des Warschauer Paktes verkündet, „wo immer dies nach den Umständen möglich ist“. Das bedeutete – verklausuliert, aber unüberhörbar – die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und die Aushebelung der Hallstein-Doktrin, die ja bislang die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu all jenen Staaten ausschloß, die die DDR anerkannt hatten. Kiesingers Äußerungen bedeuteten aber weder eine offizielle Aufhebung der Hallstein-Doktrin noch eine Festlegung der Form der Grenzankennung. Hier manifestierte sich der Wille von Kanzler und Bundesregierung zu einem *modus vivendi*, der – auch diese Hoffnung schwang kaum verborgen mit – der Bundesrepublik langfristig einen wesentlich größeren Einfluß im anderen Teil Europas verschaffen könnte.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien nur wenige Woche später, am 31. Januar 1967, wurde allgemein als großer, richtungsweisender Erfolg der von Kiesinger angekündigten neuen, aktiveren und offeneren Ostpolitik gefeiert – war es aber nicht.³ Tatsächlich hatte noch Gerhard Schröder die Verhandlungen eingeleitet und die Rumänen

¹ Notizen Schmidts über die Koalitionsverhandlungen. AdsD: Fraktionsvorstand, Fraktionsvorsitzender Schmidt, Bd. 5077.

² Zitiert u. a. in Boris Meissner (Hrsg.), Die deutsche Ostpolitik 1961-1970 – Kontinuität und Wandel, Köln 1970, S. 161-163. Für Kiesingers Willen zur verbindlichen Codifizierung der ost- und deutschlandpolitischen Neuorientierung spricht die Übernahme der wesentlichen außenpolitischen Anliegen des 8-Punkte-Programmes der SPD bis in einzelne Formulierungen hinein (vgl. Schönhoven, Wendejahre, S. 92; sowie die Habilitationsschrift des Autors, „Ostpolitik und Détente – Die Anfänge 1966-1969“, Mannheim 2004, S. 19), sowie die in Kiesingers Papieren überkommenen Entwürfe der Rede von Waldemar Besson und Ralf Dahrendorf. ACDP: NL-226 (Nachlaß Kiesinger), A304.

³ Unumwunden erklärt dies auch Willy Brandt, Begegnungen und Einsichten – Die Jahre 1960-1975, Hamburg 1976, S. 227f.

noch während der Koalitionsverhandlungen in Bonn auf einen möglichst schnellen Abschluß gedrängt.¹ Schröder wäre für diesen Erfolg sogar zu einer Modifizierung der Hallstein-Doktrin bereit gewesen: Seine „Geburtsfehlerdoktrin“ besagte, daß durchaus auch diplomatische Beziehungen zu Staaten aufgenommen werden könnten, die seit ihrer Gründung, ihrer „Geburt“, die DDR hätten anerkennen müssen. Gemeint waren also alle Staaten des Warschauer Paktes. Alle anderen Staaten der sogenannten „zweiten und dritten Welt“ sollten auch weiterhin durch wirtschaftliche, militärische und politische Machtdemonstrationen an der Anerkennung des ostdeutschen Staates gehindert bzw. dafür abgestraft werden.

Die neuen außenpolitischen Köpfe im Auswärtigen und im Kanzleramt bedienten sich jetzt dieses Konstruktes. In enger Koordination zwischen Kiesinger und Brandt wurde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Bukarest in den ersten Wochen der Koalition vorangetrieben. Das nahezu reibungslose Umschalten auf neue Verfahrens- und Verhaltensweisen in der westdeutschen Ostpolitik während dieser ersten Wochen der Großen Koalition wäre ohne einen persönlichen Konsens in der Sache sonst jedenfalls nicht zu verstehen. Mit Deckung des Kanzlers ließ Brandt Anfang Januar sämtliche noch im Dezember als unabdingbar bezeichnete Forderungen an die Rumänen fallen: Statt einer schriftlichen Erklärung zum deutschen Rechtsstandpunkt reichte nun eine mündliche Erklärung der Rumänen, die „nicht sehr substantiellen“ Zusicherungen zur Familienzusammenführung wurden akzeptiert, der „besonders problematische“ Verzicht auf eine Vertretung Berliner Interessen genauso still hingenommen wie das Fehlen des bis dato obligatorischen Satzes zum Selbstbestimmungsrecht der Deutschen im geplanten Communiqué.² Als das Kabinett Mitte Januar Nachbesserungen verlangte, arbeiteten der konservative Kanzler und sein sozialdemokratischer Außenminister erneut Hand in Hand: Brandts Diplomaten besorgten eine geheime rumänische Zusicherung über eine inoffizielle Berlinvertretung und mit einer schier endlosen Liste der vorhersehbaren Reaktionen aller Länder weltweit konnte Kiesinger den Skeptikern in seiner Partei nachweisen, daß kein „Dammbruch“ in Sachen DDR-Anerkennung zu befürchten stand.³

¹ Vgl. u.a. die Gespräche Elian-Knoke, Den Haag, 21.11.1966, Ruete-Nastase, Bonn, 8.12.1966, von Braun-Malitz, New York, 14.12.1966. PA AA: B150/88 und -/89. Dazu ausführlich Bange, Ostpolitik und Détente, S. 39ff.

² Aufzg. betr. Verhandlungen mit Rumänien in Bukarest, Bukarest, 12.1.1967, von Ruete. AAPD 1967, Dok. 12. Für die Koordinierung zwischen Auswärtigem und Kanzleramt s. außerdem das Schreiben von Schütz an Knieper, 27.12.1966. PA AA: B150/90.

³ Anforderung von Ruete in FS 31 von Bonn an die Handelsvertretung in Bukarest vom 23.1.1967. Antwort Strätlings in FS 76, Bukarest, 24.1.1967. Ref. IIA1, Aufzg. betr. Ergebnis der Sondierungsaktion in Zusammenhang mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu osteuropäischen Staaten, Bonn, 25.1.1967. PA AA: B150/95.

Doch kaum daß die Verhandlungen in Bukarest Erfolg verhiessen, kam es auch schon zu Spannungen zwischen den Außen- und Ostpolitikern der Großen Koalition. Kiesinger verhinderte, daß der Brandt-Vertraute und stellvertretende Bundespressesprecher Ahlers sozusagen als verkaufsfördernde PR-Maßnahme zur abschließenden Pressekonferenz nach Rumänien fliegen sollte; während Brandt und seine Staatssekretäre sich erfolgreich gegen eine direkte Unterrichtung des Kanzlers über die Verhandlungen durch seinen langjährigen Freund Erwin Wickert wehrten.¹ Persönliche Eitelkeiten, aber auch unterschiedliche realpolitische Zwänge liessen Kanzler und Außenminister in der Folgezeit gänzlich unterschiedliche Schlüsse aus dem „Erfolg“ ziehen. Kiesingers Reaktion fokussierte auf innenpolitische und innerparteiische Überlegungen: Nachdem die Verhandlungen Brandt ins Rampenlicht gerückt hatte, sah er sich wohl gezwungen, seinen eigenen Anteil zu betonen und dem Eindruck zu begegnen, daß es sich hier um einen radikalen Bruch mit den überkommenen Grundsätzen Bonner Deutschlandpolitik handelte. Im Deutschlandfunk sprach er von einer Fortsetzung der Ostpolitik „um die DDR herum“ und im Parlament betonte er, der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik werde durch die neuen Beziehungen nicht berührt.² Für Brandt und Bahr war dies nichts weiter als kontraproduktives „Triumphgeheul“, daß jenseits des Eisernen Vorhanges nur Mißtrauen wecken mußte und damit die Nutzbarmachung der mit den Rumänen entwickelten Formeln zur Eröffnung weiterer offizieller Beziehungen, etwa mit Ungarn, verhinderte.³ Während Kiesinger den Erfolg also zunächst nach innen absichern wollte, beabsichtigte Brandt die Situation möglichst rasch nach außen zu nutzen.

Ein weiteres Beispiel für diesen Konflikt – bei dem es weniger um die Sache, also die ostpolitischen Ziele und ihre operative Ausführung, als um die Strategie ihrer innenpolitischen Mehrheitsbeschaffung und Durchsetzung ging – waren Brandts Äußerungen im rumänischen Mamaia ein knappes halbes Jahr später. Offenbar angeregt durch Ceaucescus Bemerkungen hatte der Bundesaußenminister den mit dem Kanzler abgestimmten Text – man müsse bei einer europäischen Friedensordnung „von den gegebenen Realitäten ausgehen“ – explizit auf die DDR ausgeweitet: „Dies gilt auch für die beiden politischen Ordnungen, die

¹ Protestschreiben von Duckwitz ans Kanzleramt, Bonn, 17.1.1967. PA AA: B2/146 (Büro Staatssekretäre). Siehe auch Erwin Wickert, Mut und Übermut – Geschichten aus meinem Leben, Stuttgart 1991, S. 286-88.

² Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 8.2.1967; Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, 90. Sitzung, 1.2.1967, S. 4170. Kiesinger verhielt sich auch entsprechend in seinem Gespräch mit Manescu am 31.1.1967. ACDP: NL-226 (Kiesinger), A287.

³ Noch während des Abschiedsessens erkundigte sich Brandt bei Manescu am 30.1.1967, ob die Rumänen den Ungarn nicht die Formeln übermitteln könnten. Handschriftliche Notiz Brandts vom 2.2.1967. AdsD: WBA, BAM, Mappe 17. Im offiziellen Protokoll der Verhandlungen (von Haas, 1.2.1967) fehlt jeder Hinweis hierauf. PA AA: B42/1029).

gegenwärtig auf deutschem Boden bestehen.“¹ Unionsfraktion und konservative Presse waren entsetzt und sprachen von „Selbstaufgabe“ und „Ostpolitik mit roten Webfehlern“² Kiesinger, der um Koalition und Ostpolitik fürchten mußte, stellte sich in der Öffentlichkeit vor seinen Außenminister, sprach vor der Presse von „einem gemeinsamen Weg“³; privat aber zitierte er ihn an seinen Urlaubsort Kreßbronn, um endlich „reinen Tisch zu machen und so bald wie möglich der deutschen Öffentlichkeit [zu] bestätigen, daß auch die Ostpolitik nach wie vor in Übereinstimmung mit meiner Regierungserklärung geblieben ist.“⁴ Was für Brandt ein „winziger Zusatz“ und ein „Bonner Sturm im Wasserglas“⁵ war, sollte sich bald als unaufknüpfbares, einengendes Korsett für die neuen Ostpolitiker auf beiden Seiten der Koalition erweisen.

Auch außenpolitisch geriet die neue Bonner Ostpolitik jetzt in schwierigeres Fahrwasser. Mit den Siegesmeldungen der westlichen Presse im Rücken gelang Gomulka nur zwei Wochen nach dem Bonner „Erfolg“ die Wiederherstellung des Schulterschlusses im eigenen Block. Auf einer hastig einberufenen Außenministerkonferenz, durch ein System bilateraler Beistandsverträge und das „Karlsbader Aktionsprogramm“ der osteuropäischen KPs wurden die nationalen Forderungen an Bonn zu einem Paket zusammengeschnürt, das nur als ganzes erfüllt, den Weg zu diplomatischen Beziehungen öffnen sollte.⁶ Trotz dieser doppelten innen- und außenpolitischen Einschnürung kann von einem völligen Stillstand der ostpolitischen Initiative Bonns in den folgenden zwölf Monaten – wie Schönhoven meint – keine Rede sein. Durch monatelange Geheimverhandlungen in der CSSR, die auch im Kanzleramt einiges Mißtrauen auslösten, gelang Bahr im August der Austausch von Handelsvertretungen zwischen Bonn und Prag und im Januar 1968 folgte gar die Wiederaufnahme offizieller Beziehungen mit Jugoslawien.

Diese hatte der Kanzler bereits ein Jahr zuvor auf einer Pressekonferenz angekündigt – ohne vorherige Rücksprache mit dem Koalitionspartner, dem Auswärtigen Amt oder seinen

¹ DzD 1966-1967, IV. Reihe, Band 12.1, Frankfurt/M 1984, S. 1506f. Für eine – im wahrsten Sinne des Wortes – Stehgreif-Entscheidung Brandts spricht, daß weder der Zusatz noch überhaupt deutschlandpolitische Initiativen in den Vorbereitungspapieren des Auswärtigen Amtes zu finden sind. Vgl. u. a. FS 879 und 886, Bukarest, 25. und 26.7.1967, von Strätling; Aufzeichnung und FS 562, Vatikan, 26.7.1967, von Herwarth; sowie das Hausrundschreiben Ruetes vom 26.7.1967, daß die Vorbereitungen zusammenfaßte. PA AA: B150/107.

² Bayernkurier, 21.8.1967. BPIA. Brief Hecks an Kiesinger, 7.8.1967. ACDP: NL-226 (Kiesinger), A004.

³ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 11.8.1967.

⁴ Brief Kiesingers an Brandt, 22.8.1967. ACDP: NL-226 (Kiesinger), A001. AdsD: WBA, BAM, Mappe 13.

⁵ Brandt, Begegnungen, S. 229.

⁶ Dazu ausführlich Bange, Ostpolitik und Détente, S. 106ff. Die zeitgenössische Interpretation dieser Fronde als „Ulbricht-Doktrin“ ist genauso irrig wie Schönhovens (Wendjahre, S. 96) pauschale Schuldzuweisung an Breschnew. Zu Gomulkas Rolle s. Douglas Selvage, 'The Warsaw Pact is Dissolving' – Poland, the GDR and Bonn's Ostpolitik, 1966-1967, Beitrag zur Konferenz "NATO, the Warsaw Pact and the Rise of Détente, 1965-1972", 26.-28.9.2002 in Dobbiaco/Toblach.

eigenen Mitarbeitern.¹ Offenbar wollte sich Kiesinger nach Rumänien nicht abermals die ostpolitischen Lorbeeren von den Sozialdemokraten vor der Nase wegschnappen lassen. Der Dorn saß tief und zeitlebens wurde Kurt-Georg Kiesinger nicht müde, darauf hinzuweisen, daß „die Wiederherstellung der Beziehungen zu Jugoslawien und Rumänien [m]einer Initiative zuzuschreiben“² war. Sein persönlicher Referent Reinhard Schmoeckel wurde später sogar mit der Ausarbeitung einer umfassenden Pressedokumentation beauftragt, mit dem Ziel, den „persönlichen Anteil“ Kiesingers an diesen Erfolgen herauszustreichen.³ Tatsächlich entwickelte sich in der Folgezeit eine Art verstecktes Wettrennen zwischen Kiesinger und Brandt mit dem Ziel, über informelle Kanäle möglichst als erster in Belgrad vorzusprechen.⁴

Doch die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen war, zumindest von deutscher Seite aus, gar nicht so einfach, verstieß sie doch selbst gegen die gedehntesten Interpretationen der Hallstein-Doktrin. Selbst bei einem diplomatischen Durchbruch war eine gute Presse alles andere als sicher – schließlich mußte der Abbruch der Beziehungen von 1957 „indirekt auch als Fehler eingeräumt werden.“⁵ Da Kiesinger dennoch nicht gewillt war, auf seinen Coup zu verzichten – neben öffentlicher Anerkennung stand ja auch seine außen- und innenpolitische Glaubwürdigkeit auf dem Spiel –, mußte er sorgfältige Erkundungen in Belgrad vornehmen. Er mußte der jugoslawischen Führung zumindest andeuten, unter welchen zumeist parteiinternen Zwängen er stand, und zugleich herausfinden, ob das, was die Jugoslawen forderten, in eine innenpolitisch akzeptable Form zu bringen war. Offizielle Beziehungen mit Belgrad, das war klar, würde auch das Ende des „Geburtsfehler“-Addendum zur Hallstein-Doktrin bedeuten.

Blieb allein, den Beweis anzutreten, daß der Fall Jugoslawien zu keinem „Dammbruch“ führen würde. Genau das war es, was Kiesinger mit seiner Ostasien-Tournee im November 1967 beabsichtigte. Indien, Birma, Ceylon und Pakistan waren Schlüsselländer für die Position der Blockfreien. Solange deren Position nicht einwandfrei geklärt war, leugnete Kiesinger sogar gegenüber den Amerikanern (die gleichzeitig jedoch von den Jugoslawen

¹ Selbst die Nachfragen des Auswärtigen Amtes im Kanzleramt nach der Pressekonferenz Kiesingers am 17. Januar, was der Kanzler denn „gemeint habe“ und beabsichtige, blieben zunächst unbeantwortet. FS 18 von Bonn an Tokio, 18.1.1967, von Ruete an Brandt. PA AA: B150/95.

² Gesprächsprotokoll Kiesingers mit Joachim Schwelien, 26.1.1976. ACDP: NL-226 (Kiesinger), A310.

³ Pressedokumentation, „Der persönliche Anteil Bundeskanzler Kiesingers an der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien“, o. D., o. O., zusammengestellt von Reinhard Schmoeckel. Ibid.

⁴ Im Auftrag und mit Wissen Kiesingers reisten 1967 Bruno Heck, Günther Diehl und Werner Marx nach Belgrad; für Brandt der Chefredakteur des DLF, Franz Barsig. Zur Reise Hecks s. Dirk Kroegel, Einen Anfang finden! – Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition, München 1997, S. 194; zur Reise von Marx s. die Aufzeichnung des DDR-Außenministeriums vom 16.8.1967 in MfAA: C 359/75; zu Barsigs Reise s. Bange, Ostpolitik und Détente, S. 78-82.

⁵ Günter Diehl, Zwischen Politik und Presse – Bonner Erinnerungen 1949-1969, Frankfurt 1994, S. 421.

darüber Bescheid wußten) jede Kontaktaufnahme zu Belgrad.¹ Nachdem der Kanzler dann jedoch von den Indern – nicht ohne auch härtere Bandagen anzuwenden und mit entscheidender Unterstützung der Jugoslawen² – das Versprechen einer Nichtanerkennung der DDR erhielt, hatte er in den übrigen Ländern leichtes Spiel. Der Preis war das Zugeständnis an Indira Gandhi, von nun an eine Mission mit den damit verbundenen diplomatischen Rechten in Ostberlin betreiben zu dürfen – zumindest stand es so noch vor des Kanzlers Heimreise im *Spiegel* zu lesen.³

Doch die größte Hürde vor einem ostpolitischen Neuanfang – manifestiert in der konsequenten Nichtbeachtung der Hallstein-Doktrin – blieb die Mehrheit der Kalten Krieger in der CDU/CSU-Fraktion. Nur unter allergrößten Anstrengungen, einem Hilferuf an Brandt, einer ganz auf die Bedürfnisse des Kanzlers zugeschnittenen (und die bisherigen Verhandlungsergebnisse schön färbenden) Argumentationstütze aus dem Auswärtigen Amt und Brandts vorbehaltloser Unterstützung von Kiesingers Position in Fraktion und Kabinett gelang dem ein Teilerfolg.⁴ Denn mehr war die Hinnahme seiner Jugoslawienpolitik in der berühmt-berüchtigten Fraktionssitzung am 12. Dezember 1967 nicht. Eine Abstimmung wurde vorsorglich vermieden. Im Klartext hieß dies, daß die Ostpolitik des Kanzlers Regierungs-, aber keine Unionspolitik war. Immerhin – und das war nicht wenig – hatte sich der ost- und deutschlandpolitische Grundkonsens zwischen Kiesinger, Wehner und Brandt jenseits aller persönlichen und parteipolitischen Rankünen in der Krise erneut als tragfähig erwiesen. Die Option für eine Einordnung der bundesdeutschen Ostpolitik in den ost-westlichen Entspannungsrahmen, die überhaupt erst einen Ausgleich mit der DDR möglich erschienen ließ, war gewahrt worden. Die Bundesregierung hatte – nach Rumänien – den zweiten Schritt beim Erlernen des aufrechten Ganges in der Ostpolitik gemacht; die erzwungene Abhängigkeit von der diplomatischen und politischen Vertretung

¹ Embtel 5213, Bonn, 15.11.1967, McGhee an Rusk. McGhee, Botschafter in Deutschland 1963-1968, München 1989, S. 354.

² FS 488 und 882, Neu Delhi, 28.6. und 15.11.1967, von Mirbach. PA AA: B150/105 und -/113.

³ Tatsächlich hatte Kiesinger eine Verzögerung der DDR-Anerkennung durch Indira Gandhi erreicht. Noch während des Aufenthaltes des Kiesinger-Trosses in Neu-Delhi warnte der indische Außenminister seine unwissenden deutschen Gäste vor dem Spiegel-Artikel und verneinte gleichzeitig kategorisch, daß Indien seine Vertretung in Ostberlin bald zu einer Handelsvertretung ausbauen wolle. FS 924 und 928, Neu Delhi, 24.11.1967, von Mirbach. PA AA: B150/113. Gespräch des Autors mit dem Spiegel-Korrespondenten Carlos Widmann, 16.5.2003 in München.

⁴ Ahlers übermittelte am 4.12.1967 den Hilferuf des Kanzlers, sowie Notizen Brandts über ein Gespräch mit Kiesinger am 9.12.1967. AdsD: WBA, BAM, Mappe 1 und 17. Brief Brandts an Kiesinger, 5.12.1967. AdsD: Dep. Bahr, Bd. 400. Kabinettsvorlage vom 13.12.1967. PA AA: B150/114. Protokoll der Fraktionssitzung von CDU/CSU am 12.12.1967. ACDP: VIII 001 (Fraktionsprotokolle), Bd. 1015/2.

bundesdeutscher Interessen durch befreundete Staaten in Osteuropa neigte sich (sehr zum Mißfallen der Freunde) ihrem verdienten Ende zu.¹

Dieser Grundkonsens für eine im engeren Sinne deutsche Ostpolitik wurde aber durch die zunehmende Rivalität der Koalitionsparteien, die sich in den Parteivorsitzenden Kiesinger und Brandt wie in einem Brennglas bündelte, ständig in Frage gestellt. Für Kiesinger besonders problematisch war der auch in der eigenen Partei grassierende Eindruck, daß er ost- und deutschlandpolitisch von Wehner und Brandt hinterhergezogen wurde.² Schwergewichte der Union, darunter Krone, Heck und Barzel, forderten den Kanzler im Parteivorsitzenden im Frühsommer 1967 daher wiederholt auf, die Ostpolitiker der SPD stärker zu disziplinieren.³ Auch vor diesem Hintergrund ist der bereits erwähnte Versuch Kiesingers zu bewerten, Brandt in Krefeld zu einem gemeinsamen Statement „in der deutschen Öffentlichkeit“ zu bewegen, daß sich die gemeinsamen ost- und deutschlandpolitischen Initiativen immer noch auf dem Fundament der Regierungserklärung bewegten. Über diesen parteipolitischen Machtkämpfen – zwischen Union und SPD, zwischen Kiesinger und den Bremsklötzen in der Fraktion – sollten retrospektiv die substantiellen ostpolitischen Gemeinsamkeiten zwischen den Menschen Kiesinger und Brandt nicht vergessen werden. Hier ging es nicht um Miteinander-Können oder nicht, nicht um Aversion oder Liebe zwischen den Protagonisten (über die ja seitdem trefflich spekuliert wird), sondern um die Sache selbst, um Ziele, die man in der damaligen Konstellation nur gemeinsam erreichen konnte, die letztlich Rücksichtnahme auf die politischen Handicaps des jeweils anderen erzwangen - bis in die allerletzten Tage der Großen Koalition.

Nirgends wurde dies sinnfälliger dokumentiert als im außenpolitischen „Gesamtkonzept“, das im Frühjahr 1967 von Diehl und Bahr - also langjährigen Freunden und Beratern der Koalitionsführer – in der Seklusion des Planungsstabes im Auswärtigen Amt ausgetüfelt wurde. Ausgangspunkt der Überlegungen war die Notwendigkeit – und darin stimmten Diehl, Bahr und ihre Vorderen gleichermaßen überein -, den auf absehbare Zeit politisch nicht mehr durchzusetzenden Alleinvertretungsanspruch so zu modifizieren, daß daraus „neue Antriebe“ für die Deutschlandpolitik gewonnen werden konnten. Dazu boten sich zwei Möglichkeiten an: Entweder konnte man der DDR eine „beschränkte Geschäftsfähigkeit“ zubilligen oder zwischen „Alleinvertretung“ und „Alleinpräsenz“ unterscheiden. Beide Optionen boten genügend Raum, um durch juristische Spitzfindigkeiten eine völkerrechtliche Anerkennung

¹ Dazu in brutaler Offenheit Brandt an Couve de Murville, Bonn, 5.2.1968. MAE: Série Europe, Sous-Série République Fédérale d'Allemagne, vol. 1609.

² Tagebucheintrag von Heinrich Krone, 13.7.1967. ACDP: NL 028 (Krone), Bd. 76/2.

³ Briefe von Barzel, 13.7.1967; von Heck, 7.8.1967. ACDP: NL 226 (Kiesinger), A002 und A004.

zu umgehen.¹ Von zentraler Bedeutung war die Überzeugung, daß die neue oder – wie sie später der Öffentlichkeit gegenüber dargestellt wurde – modifizierte Deutschlandpolitik Teil einer übergeordneten Entspannungs- und Friedenspolitik sein müsse, um überhaupt wirken zu können.² Zum ersten Mal fiel hier auch der Terminus „Friedenspolitik“, den Kiesinger später – in bewußter Ablehnung des von Bahr in die Koalitionsverhandlungen eingeführten Begriffspaares „neue Ostpolitik“ – für seine Außenpolitik adaptieren sollte. Bahr, der „zum Teil jedes Wort“³ des Schlußdokumentes mit Diehl diskutiert hatte, wollte das Papier⁴ anschließend sogar zur offiziellen Grundlage deutscher Außenpolitik erheben und eine kabinetsreife Fassung vorlegen. Die im Diehl-Bahr-Papier lancierte Idee eines gemeinsamen „Deutschen Rates“, oder die Vorstellung, mit der DDR gemeinsam – gleichberechtigt – in der UN-Vollversammlung zu sitzen, hätten mit Sicherheit jedoch das vorzeitige Ende einer neuen Deutschland- und Ostpolitik in Kabinett und Bundestag bedeutet.⁵

Der Plan selbst stoppte kurz vor dem endgültigen Tabu einer *de iure* Anerkennung. So war es in den Regierungsverhandlungen vereinbart und in Kiesingers Regierungserklärung am 13. Dezember 1966 verkündet worden. Die schiere Anzahl und der weitreichende Inhalt der geplanten Kontaktaufnahmen ging aber eindeutig über den bescheidenen Satz Kiesingers über Behördenkontakte zum Wohle der Menschen hinaus. Selbst der Kanzler schien den im Papier angedeuteten und bald darauf von Bahr detaillierten Stufenplan „Gewaltverzicht-Sicherheitssystem-Friedensordnung“ übernommen zu haben. Bereits am 7. Juli war er – von Mangel an Konsultation konnte keine Rede sein – von Bahr über dieses letztlich der Wiedervereinigung in einem befriedeten Europa dienenden Konzeptes informiert worden.⁶ Daß er während der vorangegangenen Monate von Diehl kontinuierlich auf dem Laufenden gehalten wurde – und damit jederzeit ein Veto hätte einlegen können -, darf vorausgesetzt werden. Kurz darauf griff Kiesinger unverkennbar auf Bahrs Konzept in einem Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin zurück. Dabei faßte der deutsche Kanzler sogar einen

¹ Vermerk Diehls an Bahr betr. Diskussionsbeitrag zur Deutschlandpolitik, 14.2.1967; Rechtsgutachten von Ref. V1, 27.2.1967. AdsD: Dep. Bahr, Bd. 400.

² Aufzeichnungen Bahrs vom 7. und 13.3.1967 betr. Zusammenfassung der Deutschland-Diskussion. Ibid.

³ Vermerk Bahrs an Brandt betr. Deutschlandpolitik, 17.3.1967. Ibid. Diehl hingegen spricht in seinen Memoiren davon, daß er „die Arbeit auf den Tisch gelegt“ habe und erwähnt Bahrs Rolle mit keinem Wort. Diehl, Politik, S. 384f. Die hier vorgestellten Dokumente widerlegen auch Gasserts These, daß mit Diehl ein „Intimus“ von Kiesinger und nicht Brandts Bahr der Autor dieses hochwichtigen Dokumentes deutscher Außenpolitik und damit der Erdenker der Neuen Ostpolitik gewesen sei. Tatsächlich hatte Bahr in einer persönlichen Notiz an Brandt bereits am 16.1.1967 auf die Notwendigkeit einer konzeptionellen Umsetzung der öffentlich verkündeten „richtigen Ansätze“ gedrängt. AdsD: Dep. Bahr, Bd. 400.

⁴ Die edierten Endfassungen zur Außen- und Deutschlandpolitik vom 10. und 17.3.1967 finden sich in AAPD 1967, Dok. 96 und 105.

⁵ Tatsächlich läßt sich diese Initiative in Bahrs Papieren auch nur bis zu einem Gespräch mit Herbert Wehner verfolgen.

⁶ Aufzg. Bahrs für die Gesprächsführung beim Besuch des französischen Staatspräsidenten, 7.7.1967. AAPD 1967, Dok. 250.

Verzicht auf die „Anwesenheit amerikanischer Soldaten“ in Europa ins Auge. Voraussetzung dafür sei die Schaffung eines „wirklich zuverlässigen Sicherheitssystems“¹, das man über kernwaffenfreie Zonen, Truppenreduktionen und die Auflösung der Verteidigungsbündnisse erreichen könnte. „Kollektive Sicherheit [wird] idealerweise durch Abrüstung erreicht werden.“ Wenn das nur die CDU/CSU-Fraktion nicht hörte.

Nach diesen deutschlandpolitischen Idealvorstellungen mußte der von Kiesinger initiierte Briefwechsel mit dem Ministerpräsidenten der DDR, Willi Stoph, ernüchternd wirken. Aber hatte das der in PR-Fragen äußerst fähige Kiesinger nicht vorhergesehen oder sogar beabsichtigt? Die Vorteile einer „Ernüchterung“ über die Aussichten, mit den Betonköpfen in Ostberlin in ein konstruktives Gespräch à la „konstruktives Nebeneinander“ einzutreten, lagen für Kiesinger auf der Hand. Herbert Wehners Konzept einer Konzentration auf innerdeutsche Gespräche wäre endlich vom Tisch und die vom Kanzler bevorzugte² Orientierung auf Moskau (zu der sich auch Brandt nach der CSSR-Krise 1968 durchrang) für alle sichtbar demonstriert; die DDR hätte Bonns Entspannungswillen vor aller Welt blockiert³; die Enttäuschung der Öffentlichkeit würde die SPD von weiteren Drängeleien und Initiativen abhalten, was wiederum die Kritik aus Unionsreihen an den Inhalten der Ostpolitik und ihrer bislang SPD-freundlichen Öffentlichkeitswirkung auf einen kontrollierbaren Umfang zurückstutzen könnte. Dafür wäre Kiesinger allerdings ein nicht unerhebliches Risiko eingegangen. Denn bereits seine Öffnung des ersten Stoph-Briefes im Mai 1967 bedeutete den Bruch eines deutschlandpolitischen Sakrilegs aus den Zeiten des Kalten Krieges und brachte einen nicht unerheblichen Teil der Unionsabgeordneten auf die Barrikaden⁴ – nur um sie im karthatischen Verlauf des von Kiesinger genau kalkulierten Briefwechsels umso enger an ihren Kanzler zu binden.

Am 13. Juni 1967 – im ersten amtlichen Schreiben eines Bundeskanzlers an die DDR-Führung und in enger Absprache mit Herbert Wehner⁵ – schlug Kiesinger Stoph vor, persönliche Beauftragte „ohne politische Vorbedingungen Gespräche über praktische Fragen des Zusammenlebens der Deutschen“⁶ führen zu lassen. Stoph verzögerte zunächst, indem er einen in diversen Presseorganen geführten Streit mit dem Kanzler initiierte, dem er vorwarf,

¹ Gespräch Kiesinger-Zarapkin, 11.7.1967. ACDP: NL-226, A288.

² Kiesinger vor Unionsfraktion am 27.6.1967. ACDP: VIII 001 (Fraktionsprotokolle), Bd. 1014/1.

³ Kiesinger vor CDU-Präsidium, 5.5.1967. ACDP: VII 001 (Präsidiumsprotokolle), Bd. 057/1.

⁴ Vgl. dazu die Fraktionsprotokolle aus dem Mai und Juni 1967. ACDP: VIII 001, Bd. 1014/1.

⁵ Tagebuchvermerk von Guttenbergs, Sommer 1967 („Im Hause Wehners“), in: Dieter Oberndörfer (Hrsg.), Begegnungen mit Kurt Georg Kiesinger – Festgabe zum 80. Geburtstag, Stuttgart 1985, S. 371.

⁶ Kiesinger an Stoph, 13.6.1967. Abgedruckt in: Oberndörfer, Begegnungen, S.375f.

an „gleichberechtigten Verhandlungen“¹ nicht interessiert zu sein. In Stophs offiziellem Antwortschreiben vom 18. September wurde der gesamte Forderungskatalog des Warschauer Paktes an Bonn – und insbesondere natürlich die Anerkennung der DDR – als Voraussetzung für weitere Gespräche wiederholt.² Über informelle Kanäle wurde den Bonnern noch mitgeteilt, daß dies ja nur auf Druck Moskaus geschehen und entsprechend zu bewerten sei: „Man betrachte den Briefwechsel als abgeschlossen.“ Tatsächlich war der Druck aus Moskau und die Rolle Ulbrichts aber ganz anderer Natur, als Kiesinger angenommen. Ulbricht hatte den Briefwechsel als Teil einer offensiven Gegenstrategie zur neuen Ostpolitik initiiert und konzipiert. Über ein offizielles und öffentliches Gespräch mit den Regierenden in Bonn wollte er endlich den Zugang zur Beeinflussung der sozialdemokratischen Basis finden. Dem Kreml war das alles andere als recht. Hier standen Blockdisziplin und sowjetische Vorherrschaft und nicht ideologische Erfolge deutscher Kommunisten im Vordergrund. Aus dieser Perspektive war das von Ostberlin angezettelte Mediengeplänkel eine Verzögerungstaktik, um vielleicht doch noch die sowjetische Erlaubnis zur Versendung eines verbindlicheren Textes zu erhalten.³

Zunächst hatte der Kanzler wohl auch beabsichtigt, den Briefwechsel auf sich beruhen zu lassen.⁴ Die vordergründigen Ziele – eine Dokumentation der Bonner Entspannungsbereitschaft nach Ost wie West, der eigenen Führungsstärke und der notwendigen Priorisierung Moskaus – waren ja erreicht. Doch nach erheblichem persönlichen und politischen Druck Wehners und Diehls⁵ kartete Kiesinger am 29. September ein letztes Mal nach und schlug Stoph die Entsendung von Guttenberg als persönlichem Unterhändler vor.⁶ Die Abschlußvorstellung war ein nicht ungeschickter Schachzug Kiesingers: mit dem vordergründigen Eingehen auf Wehners Linie wurde zugleich der Schwarze Peter endgültig an Ostberlin zurückgespielt. Die erwartete Absage aus der DDR erstickte einerseits innerparteiliche Kritik an Kiesingers Verhandlungsangebot und ließ andererseits nur noch den Weg über Moskau.

¹ Stoph-Interview im ND, 21.6.1967; Kiesingers Antwort im SFB noch am gleichen Tag; Stoph am 14.7.1967 vor der DDR-Volkskammer. S. Erich Mende, Von Wende zu Wende 1962-1982, München 1986, S. 267.

² Stoph an Kiesinger, 18.9.1967, mit Vertragsentwurf im Anhang; veröffentlicht im ND, 21.9.1967. Texte zur Deutschlandpolitik, Bd. 1 (13.12.1966-5.10.1967), Bonn 1968, S. 124-129.

³ Briefwechsel Ulbricht-Breschnew zwischen April und Juli 1967; Streitgespräch Ulbrichts mit Semjonow und Rapacki, 15.9.1967; Gespräch Ulbricht-Zarapkin, 18.9.1967. SAPMO: (Büro Ulbricht), DY30/3519, 3520, 3495. Für eine ausführliche Darstellung s. die Habilitation des Autors, S. 855ff.

⁴ Kiesinger befürchtete, Stoph könne das Gesprächsangebot annehmen und propagandistisch ausschlagen.. Gespräch Kiesinger-McGhee. Natus 3177, Bonn, 22.9.1967. Foreign Relations of the United States (FRUS), 1964-1968, Bd. XV, Dok. 231.

⁵ Sowohl Wehner als auch Diehl hatten Kiesinger zu einer „Anreicherung“ des Angebots gedrängt, zu der auch die Entsendung eines persönlichen Unterhändlers gehören sollte. Wehner an Kiesinger, 7.6.1967. ACDP: NL 226 (Kiesinger), A286. Aufz. Diehls vom 20.6.1967. PA AA: B150/105.

⁶ Kiesingers an Stoph, 28.9.1967, in: TzDP, Bd. 1, Bonn 1968, S. 156-157.

Generell läßt sich konstatieren, daß sich im Herbst und Winter 1967 die ost- und deutschlandpolitischen, ja im weitesten Sinne außenpolitischen Vorstellungen Kiesingers zu einem Gesamtkonzept zusammenfügten – einschließlich langfristiger Zielformulierungen, machtpolitischer Überlegungen und detaillierter Strategieansätze. Das hatte viel mit den politischen Erfahrungen in der Großen Koalition zu tun, dem Abtasten außen- und vor allem ostpolitischen Spielraums nach außen wie nach innen. Seine vielleicht grundlegendste und tiefblickenste Rede zur notwendigen Neuorientierung der bundesdeutschen Außenpolitik lieferte Kiesinger am Tag der deutschen Einheit vor dem Bundestag. Daß die Rede über viele Jahrzehnte in Publizistik und Politikwissenschaft ausschließlich aufgrund Kiesingers lächerlicher Umschreibung der DDR als eines „Phänomens“ (mit dem er in Briefkontakt getreten sei) rezipiert wurde, mindert ihr Gewicht keineswegs. Geradezu axiomatisch war die Feststellung, daß ein wiedervereinigtes Deutschland eine „kritische Größenordnung“ haben würde: es müßte das bis dato austarierte bipolare Gleichgewicht in Europa nachhaltig stören, ohne selbst eine neue Ordnung durchsetzen zu können. Zu groß für Europa, zu klein für die Welt. Daraus folgte Kiesinger, daß eine Wiedervereinigung, ein prozeßhaftes „Zusammenwachsen“, nur durch eine langfristige Einbindung Deutschlands in eine gesamteuropäische Friedensordnung bei gleichzeitiger Überwindung des Ost-West-Konfliktes in Europa möglich war.¹ Das war die offizielle Bestätigung der in der Regierungserklärung zunächst nur implizierten Aufgabe des überholten Wiedervereinigung-vor-Entspannung-Dogmas. Hier mischten sich die von Diehl und Bahr erst kürzlich entwickelten strategischen Innovationen mit Brandts informations- und kulturpolitischem Ansatz und Kiesingers langjährigen europapolitischen Überzeugungen.

Dazu beigetragen hatte auch die personelle Umbesetzung in Kiesingers unmittelbarer Umgebung. Nicht von ungefähr stammte Kiesingers griffigste Formulierung in seiner Rede von seinem alten Freund Günter Diehl,² der noch im November 1967 auf den Stuhl des dem Kanzler direkt unterstellten Bundespressesprechers wechselte. Mit Diehl kamen die gerade erst im Planungsstab, dem Ideen-Laboratorium des Auswärtigen Amtes, entwickelten Gedanken- und Sprachspiele ins Kanzleramt. Für Kiesinger bedeutete das sicherlich eine Stimulation, für die neue Ostpolitik der Koalition eine inhaltliche Annäherung zwischen Außenminister und Kanzler – auch wenn der manchem intern nicht zustimmen wollte und nicht allem öffentlich beipflichten konnte, was Diehl, Bahr und ihr Team junger Wizz-Kids

¹ Abgedruckt in Kiesinger, Große Koalition, S. 77ff.

² Diehl hatte die Formel von der „kritischen Größe“ vorgeschlagen, betonte aber – wie Kiesinger selbst – retrospektiv (in Interviews mit Bruno Kaiser, 7./22.12.1983), damit nur den Gedanken des Kanzlers Ausdruck verliehen zu haben. ACDP: NL-226 (Kiesinger), A009.

etwa zur implizierten Akzeptierung der Oder-Neiße-Grenze oder der DDR angedacht hatten. Kiesinger verband mit seinen beiden Pressesprechern Diehl und Ahlers der unbedingte Wille zur Neupositionierung der Bundesrepublik in der Übergangsphase zu einer sich längst abzeichnenden internationalen Entspannung¹ und zur Aufbrechung der „Erstarrung in der Deutschlandpolitik“. Während Diehl schnell zu *dem* ostpolitischen Schwergewicht des Kanzleramtes avancierte,² diente Ahlers zunehmend als vermittelnde Brücke zu Brandt. Karl Carstens wurde hingegen nicht zu der bestimmenden außenpolitischen Kraft, die man von einem ehemaligen Spitzenbeamten des Auswärtigen Amtes erwartet hätte, als er zum Jahreswechsel 1967/68 anstelle des glücklosen Knieper Staatssekretär im Kanzleramt wurde – wohl aber zu einem exzellenten Organisator der bis dahin alles andere als reibungsfrei arbeitenden Maschinerie im Palais Schaumburg. Mit dem ausgewiesenen „Atlantiker“ war zugleich – und zudem medienwirksam – ein Gegengewicht zum „Gaullisten“ Guttenberg gefunden worden, der als CSU-Abgeordneter zum Parlamentarischen Staatssekretär im Kanzleramt bestellt worden war. Komplettiert wurde dieses Team durch eine Reihe jüngerer Mitarbeiter, wie Neusel, Ruth und Hange, von denen insbesondere der persönliche Referent vom Kanzler immer wieder mit inoffiziellen Sondierungen in Sachen Ostpolitik beauftragt wurde.

Kiesingers Verhalten während der Zeit des Prager Frühlings scheint von einer Vielzahl teils widersprüchlicher Überlegungen – zwischen innenpolitischem Kalkül, internationalem Verantwortungsbewußtsein und ostpolitischer Hoffnung - bestimmt worden zu sein. Nachdem das Kind in den Brunnen gefallen und die Sowjets in die CSSR einmarschiert waren, deklarierte sich Kiesinger retrospektiv zum prophetischen Mahner, der die drängelnden Sozialdemokraten stets gewarnt hatte: „Wir erscheinen doch als diejenigen, die mit dem Feuer spielen.“³ Tatsächlich hatte der Kanzler aber auch selbst Kontakte seiner Partei mit Reformern in Prag unterstützt und gedeckt – nicht zuletzt aus innenpolitischer Konkurrenz zu den Ostpolitikern der SPD und aus Furcht vor einer, wie viele nicht nur in Bonn vermuteten, von Brandt betriebenen „Sozialdemokratisierung“ Europas.⁴ Kiesinger wußte um die finanziellen Zuwendungen aus Bundesmitteln für Reisen der katholisch und sozialdemokratisch orientierten Ackermann- und Seligergemeinden⁵ und scheint, wenn man dem tschechoslowakischen Geheimdienst glauben darf, über eine Vertrauensperson in der

¹ So Kiesinger vor der CDU/CSU-Fraktion am 18.4.1967. ACDP: VIII 001 (Fraktionsprotokolle), Bd. 1013/1.

² Was die englische Botschaft in Bonn schnell und richtig erkannte (Laskey, Bonn, 1.10.1968; PRO: FO 1042/311) und von Hans Neusel gegenüber dem Verfasser bestätigt wurde.

³ Kiesinger im Gespräch mit Löwe, 31.1.1978. ACDP: NL-228 (Kiesinger), A322.

⁴ So auch in Washington und Moskau; vg. Embtel 16394, Bonn, 4.9.1968, von Lodge; Memcon Garthoff-Sedov, Washington, 5.9.1968. NARA: RG59/1996.

⁵ Mitteilung von Ref. IIA5 (Arz) des AA an Ref. IV5 des BPIA, 30.7.1968. PA AA: B42/1044.

westdeutschen Handelsvertretung in Prag detailliert über sämtliche Besuche aus der Bundesrepublik – auch die sozialdemokratischer und liberaler Politiker – informiert worden zu sein.¹

Seine Vorsicht war aber wohl genuin und besaß außerdem eine starke innerparteiliche Komponente. Anfang 1968 – also noch vor den ersten ernstzunehmenden Anzeichen für einen Aufbruch in Prag – hatte sich die innenpolitische Flanke der Ostpolitik für Kiesinger merklich zugespitzt: Während die Designer der neuen Ostpolitik (darunter auch der neue Bundespressesprecher Diehl) darauf drängten, ihre neu-entwickelten Konzepte zu einer vorläufigen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie oder zum Umgang mit der DDR zu erproben, organisierte sich in der Unionsfraktion der Widerstand der Ostpolitik-Gegner. Die Verweigerung eines Mehrheitsvotums der Unionsfraktion für die Jugoslawien-Politik des Kanzlers im Januar 1968 war eine ernste Warnung. Die ostpolitischen Fronten in Partei und Regierungsbündnis verhärteten sich – und der Kanzler war gut beraten, dem Rechnung zu tragen. Bereits im Februar 1968 trat der Kanzler in Koalition und Kabinett sichtbar auf die ostpolitische Bremse. Einen Entwurf Bahrs zu einem Gewaltverzichtsangebot an die UdSSR ließ er zur weiteren Bearbeitung zurückgehen; zu nah schien man durch die Einbeziehung der DDR damit auch deren Anerkennung zu kommen.² Selbst Brandts Rede auf dem Nürnberger SPD-Parteitag mit der zwischen ihnen längst abgestimmten Formel von der „Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung“ deckte Kiesinger vor den Medien und der Unionsfraktion scheinbar nur noch mit Widerwillen.³ Vor den in Heimerzheim versammelten Diplomaten des Auswärtigen Amtes plädierte der Kanzler unüberhörbar für ein Aussitzen der Situation, bis sich durch weitere Erosion der sowjetischen Position – oder ein Aufweichung der Fronten in der Union, könnte ergänzt werden – bessere Voraussetzungen böten.⁴ Daß Kiesinger und seine Staatssekretäre gleichzeitig über den Ehrenpräsidenten des BDA, Paulssen, versuchten, Ostberlin ein „Gewaltverzichtsangebot durch Staatsvertrag und Herstellung normaler Beziehungen mit der DDR“ zu verkaufen, wurde natürlich nicht verraten.⁵

¹ Nach einer Information von „P“ (Arnost Vrajik Prazak) für Willy Brandt war dies der stellvertretende HV-Leiter Werner Rouget. AdsD: Dep.E.B., Bd. 390.

² Vgl. die Aufzeichnungen des Ref. IIA1 vom 16. und 29.2., 4.3.1968 in den Unterlagen Bahrs. AdsD: Dep.E.B., Bd. 393. Sowie Schreiben von Duckwitz an Brandt, 24.2.1968. AdsD: WBA, BAM, Mappe 3.

³ Vgl. die Äußerungen Kiesingers auf der sehr kritischen Fraktionssitzung am 26.3.1968. ACDP: VIII 001 (Fraktionsprotokolle), Bd. 1016/1.

⁴ Protokolle und Ergebnisprotokoll des außenpolitischen Kolloquiums in Heimerzheim, 2./3.5.1968, Entscheidungen des Bundeskanzlers. PA AA: B150/126.

⁵ So die Aktenvermerke der HVA vom 15.1., 22.2. und 11.3.1968. BStU: GH 65/88.

Auch in Sachen CSSR-Reisen versuchte der Kanzler so weit wie möglich zu bremsen. Er warnte im Kabinett davor¹ und versuchte die Führung der Liberalen, dann auch Bundesbankpräsident Blessing, den DIHT-Präsidenten Amerongen² und den sudetendeutschen Abgeordneten der SPD, Ernst Paul, an ihren Reisen zu hindern. Dies galt allerdings nicht für den Besuch der CDU-Abgeordneten Müller-Hermann und Marx, die Ende Mai in Prag den Kopf der Reformer in der Nationalversammlung, Jiri Pelikan, besuchten.³ Allein seinen Parteilfreund und ständigen Rivalen aus Bayern, Franz Josef Strauß, ließ der Kanzler unbehelligt – obwohl der zu diesem Zeitpunkt mit umfangreichen Krediten für die CSSR und Rumänien die „Lage voll nutzen“⁴ wollte. Brandt, der Kiesingers Sorgen teilte, unterstützte andererseits die Reisen von Paul und Blessing, die Kontakte von Bahr ohnehin. Dieser Widerspruch bei Kiesinger und Brandt läßt sich allein durch die damals von fast allen geteilte Lageeinschätzung erklären: Man fürchtete zwar allgemein eine Eskalation, erwartete sie aber nicht.⁵ Unter diesen Umständen wäre es – bei aller angeratenen Vorsicht - fahrlässig gewesen, wichtige Informations- und Einflußkanäle ungenutzt zu lassen. Erst Mitte Juli – angesichts des massiven Truppenaufbaus an den Grenzen der CSSR und mit einem Bein schon in den Sommerferien - einigten sich Kanzler und Vizekanzler während eines Gespräches in Stuttgart, „unseren Parteilfreunden den Rat zu geben, keine Reisen in die CSSR zu unternehmen und auch sonst jede ungeschickte und gefährliche Anbietung zu unterlassen.“⁶

Die sowjetische Invasion in der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 traf den Kanzler völlig unvorbereitet. Das galt für die in den vorangegangenen Tagen beruhigenden Geheimdienstberichte, besonders aber für seine Psyche. Gegenüber dem Generalinspekteur der Bundeswehr, Ulrich de Maizière, äußerte Kiesinger, er sei auf die Übernahme des Oberbefehls „nicht vorbereitet.“ Ahlers sprach davon, daß Kiesingers „vorherrschendes Gefühl gegenüber den Russen Angst“ gewesen sei; britische Beobachter notierten, daß der

¹ Guttenberg, Fußnoten, S. 96.

² Otto Wolff von Amerongen, Der Weg nach Osten – Vierzig Jahre Brückenbau für die deutsche Wirtschaft, München 1992, S. 33. FS 160, Prag, 15.7.1968, von Heipertz. PA AA: B150/130.

³ Die Reise wurde mit Wissen des Kanzlers und in enger Koordination mit dem Auswärtigen Amt durchgeführt. PA AA: B2/176.

⁴ Memcon Rostow - Strauß Washington, 23.7.68. LBJL: NSF, CF Europe-USSR, Germany, vol. 189.

⁵ Aufzg. der Ref. IIA3, IIA4 und IIA5 vom 23.7.1968. PA AA: B42/1038.

⁶ So Kiesinger am 27.8.1968 vor dem Auswärtigen und Gesamtdeutschen Ausschuß. PA AA: B42/1042. Das Datum des Treffens war vom Autor nicht genau zu bestimmen: Kiesinger gibt „in den Sommerferien“ an. Am 24. und 30.7.1968 schrieb Brandt Briefe an den Kanzler aus Hamar; die letzte Bundestagssitzung fand am 28.6.1968 statt. In einem Brief an Bahr vom 10.8.1968 (AdsD: Dep. E.B., Bd. 399.) verweist er auf ein Treffen in Stuttgart „Mitte Juli“.

Kanzler „sehr verstört“ wirkte.¹ Schröders Ausführungen im Krisenkabinett kamen einer Herausforderung gleich, Strauß' Verhalten war bestenfalls illoyal und sein eigener Auftritt schwach gewesen. Selbst die eigenen Truppen – so er denn über solche in der Bundespartei verfügte – liefen ihm davon.² Jetzt kam es für Kiesinger zunächst einmal darauf an, die Krisensituation zu stabilisieren und dabei sehr genau darauf zu achten, sich nicht durch Überreaktion im westlichen Bündnis zu isolieren. Entgegen den Hardlinern in der Unionsfraktion erklärte er daher bereits zwei Tage nach dem Prager Debakel, im sogenannten „Dienstagskreis“ der Koalition, daß „die bisherige Politik der Entspannung und der Anbahnung einer europäischen Friedensordnung fortgesetzt werden“ müsse.³ Ganz ähnlich formulierte es dann auch die Kabinettsklärung vom 28. August, die wenige Tage später veröffentlicht wurde, und auch Brandt tat ein übriges, um vor der gemeinsamen Sitzung des Auswärtigen und des Gesamtdeutschen Ausschusses die Gemüter zu beruhigen. Kiesingers Ausführungen bei dieser Gelegenheit waren, wie schon zuvor im Kabinett, alles andere als eindeutig oder gar fest. Der Kanzler hatte den Stimmungsumschwung in der eigenen Partei verstanden; er hatte begriffen, daß eine Mehrheit der Unionsmitglieder im Kabinett, eine Mehrheit seiner Abgeordneten in diesem Moment zum ostpolitischen Rückzug bliesen. Doch eine Alternative zur neuen Politik gab es nicht, weder im Westen noch mit dem Osten. Das fand natürlich auch Niederschlag in seiner Rede. Der Kanzler ‚schwamm‘ – rhetorisch und um sein politisches Überleben.⁴ Als Kiesinger am 2. September im Parteivorstand der CDU mit den üblichen Fingerübungen antikommunistischer Rhetorik konfrontiert wurde, mahnte er eindringlich, „die Lage ernster zu sehen.“⁵

Wie ernst, mußte allerdings erst eruiert werden. Als westliche Geheimdienste meldeten, daß in Rumänien und Jugoslawien weitere sowjetische Invasionen bevorstünden, schickte Kiesinger Diehl erneut nach Jugoslawien. Diesmal war der „Cover“ eine Rebhuhnjagd in Karlovac. Die Fragen, die dem Kanzlervertrauten in der Jagdhütte gestellt wurden, waren immer dieselben: „Wann können die deutschen Truppen eingreifen und uns zu Hilfe kommen?“ Nicht zuletzt die Anwesenheit Diehls verstärkte bei den Jugoslawen den Eindruck, daß man nunmehr „de facto Verbündete“ sei. Diehls Replik, die weit über das NATO-Statut

¹ Vermerk Bahrs, 1.10.1968; AAPD 1968, Dok. 322. Ulrich de Mazière, In der Pflicht – Lebensbericht eines deutschen Soldaten im 20. Jahrhundert, Bonn 1989, S. 300. Tel. von Botschafter Jackling, Bonn, 16.9.1968. PRO: PREM 13/2638

² Ernst Lemmer, Berlinbeauftragter Kiesingers, sprach sogar gegenüber den Briten offen über seine „sehr geringe Meinung“ über den Kanzler und seine „viel zu schwache Politik“ und wie sehr er auf eine Nachfolge durch Strauß setze. Etherington-Smith an Jackling, 11.9.1968. PRO: FO 1042/312.

³ Protokoll des „Dienstagskreises“ vom 23.8.1968. Privatarchiv Neusel.

⁴ Unkorrigiertes Manuskript der Sondersitzung des Auswärtigen und des Gesamtdeutschen Ausschusses, 27.8.1968, 17 Uhr. PA AA: B42/1042).

⁵ Bundesparteivorstand der CDU vom 2.9.1968; zitiert in: Klaus Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition, Stuttgart 1984, S. 337.

und die vertraglichen Grundlagen der Bundesrepublik hinausging, tat wohl ein übriges, sie in diesem Eindruck zu bestärken.¹ Daß der britische Verteidigungsminister und der französische Botschafter gegenüber Washington bald darauf ebenfalls eine Invasion in Jugoslawien als „Kriegsfall“ für das Bündnis definierten; daß Herbert Wehner auf der Sozialistischen Internationale in Berlin wenige Monate später eine Garantieerklärung für Jugoslawiens Sicherheit abgab²; daß die Bundesregierung den Jugoslawen bis weit ins nächste Jahre umfangreiche Ausrüstungshilfen zukommen liessen³ - all das machte die Lage in Europa keineswegs sicherer.⁴ Beruhigender – nach innen wie außen – wirkten da schon andere Maßnahmen des Kanzlers: Kurt Birrenbach und Helmut Schmidt wurden als Sonderemissäre nach Washington geschickt, öffentliche Beistandsgarantien der wichtigsten Verbündeten eingeholt, eine Steigerung der Rüstungsausgaben vereinbart und verkündet, und Kiesingers Idee für eine baldige Gipfelkonferenz lanciert.

Die internationale Berlin-Krise um die Abhaltung der Bundespräsidentenwahl am 5. März 1969⁵ bildete den Auftakt eines aufschlußreichen entspannungspolitischen Dreiklangs, der Anfang 1969 geradezu exemplarisch die ostpolitischen Absichten des Kanzlers und seine realpolitischen Grenzen aufzeigen sollte. Gegen den ursprünglichen Willen Kiesingers und Brandts hatte Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier – unterstützt von Helmut Schmidt, dem Berliner Senat und der Mehrheit der Unionsfraktion – am 18. Dezember 1968 Berlin als Tagungsort der Bundesversammlung bekanntgegeben. Die erwartete Protestnote aus Moskau fiel unerwartet zurückhaltend aus – selbst das Wort „Protest“ wurde sorgfältig vermieden.⁶ Am 7. Januar 1969 diskutierten der Kanzler und sein Außenminister die neue Lage. Die Herren zeigten sich von dem „gemäßigten und unpolemischen“ Auftreten der Sowjets angenehm überrascht. Brandt schlug sogar einen informellen Deal mit der Sowjetregierung vor: „Wenn die Bundesversammlung ohne Störungen vonstatten geht, werden wir – zumal zwischen uns und der SU über wichtige Fragen zu sprechen sein wird – auf Verstärkung der politischen Präsenz des Bundes [in Berlin] verzichten.“⁷ Kiesinger war einverstanden. Nach

¹ Diehl, Politik, S. 433. Aufzg. vom 2.8., 19. und 27.9.1968. PA AA: B2/176.

² Kurzinfo Nr. 1340/68, 11.12.1968, der Stasi für das SED-Politbüro. BStU: HVA, Bd. 139.

³ FS 71, Belgrad, 15.2.1969, von Blachstein. PA AA: B150/146.

⁴ Embtel 12398, London, 5.9.1968, von Bruce. NARA: RG59/1996. Treffen Healey, Steward, Wilson, London, 6.9.1968. PRO: PREM 13/2638. Memcon Rusk-Debré, 4.10.1968. NARA: RG59/2102.

⁵ Für eine erste Darstellung der Berlin-Krise s. Gottfried Niedhart und Oliver Bange, Die „Relikte der Nachkriegszeit“ beseitigen – Ostpolitik in der zweiten außenpolitischen Formationsphase der Bundesrepublik Deutschland im Übergang von den Sechziger- zu den Siebzigerjahren, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 44, Bonn 2004, S. 415-448, bes. S. 434ff.

⁶ Note der Regierung der UdSSR an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA, 23.12.1968; Prawda-Artikel gleichen Datums. In: DzD 1968, V. Reihe, Band 12.2, Frankfurt/M 1987, S. 1623.

⁷ Vermerk Brandts an Duckwitz, 7.1.1969. AdsD: WBA, BAM, Mappe 18.

weiteren Vermittlungen von „Conny“ Ahlers entstand daraus bald die Idee, eine Verlegung des Wahlortes gegen Passierscheine für die Berliner einzuhandeln.¹

Tatsächlich verfolgte der Kreml aber eine ausgefeilte Doppelstrategie: Mit Hilfe einer „politischen Stärkedemonstration“ in Berlin sollten die Deutschen öffentlich vor die Wahl Kalter Krieg oder neue Ostpolitik gestellt und so Einfluß auf die Bundestagswahlen im Herbst genommen werden.² Nachdem aus Bonn und Berlin Anfang Februar zunehmend Verhandlungsbereitschaft signalisiert wurde,³ drängte die Kreml-Führung die „Brüder“ in der DDR, derart auf das Passierscheinangebot einzugehen, daß dieses aufsehenerregende Geschäft in erster Linie Willy Brandt und nicht Kurt Georg Kiesinger zugutekam.⁴ Noch am selben Abend traf in Westberlin ein Brief vom Ersten Sekretär der SED, Ulbricht, an den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt mit dem Angebot von Osterpassierscheinen ein.⁵

In dieser eigentlich günstigen Ausgangslage überreizte Kiesinger (falls ihm denn wirklich an einem Deal mit den Sowjets gelegen war) dann allerdings gleich in zweierlei Hinsicht seine Karten. Anstatt eines konstruktiven Kompromisses und eines humanitären Vorteils für die Berliner in Ost und West erreichte der Kanzler damit letztlich nur eine erneute Verstimmung zwischen Bonn und Moskau und den Bruch mit Wehner, dem letzten Fürsprecher der Großen Koalition in der SPD-Führungsriege. Er trug so selbst entscheidend zu der national und international vorherrschenden Stimmung bei, vor weiteren Initiativen zunächst einmal einen Regierungswechsel in Bonn abzuwarten. Eine Stimmung, über die er sich später wiederholt bitter beklagen sollte. Zunächst verschärfte Kiesinger – nachdem er in Abwesenheit Brandts von Wehner unverzüglich über den Brief informiert worden war – seinen Umgangston gegenüber dem sowjetischen Botschafter Zarapkin. Laut dem sowjetischen Protokoll folgerte er sogar: „Dieser Brief ist gegen mich gerichtet.“⁶ Nur einen Tag später ließ er den Botschafter dann extra nach Stuttgart kommen, um ihm neben einigen Gläsern Wein auch eine deutliche Anhebung der westdeutschen Forderung einzuschenken: Osterpassierscheine seien nicht genug, eine langfristige Besuchsregelung für die Westberliner müsse her.⁷ Kaum war der erzürnte Russe entschwebt, hielt Kiesinger eine Pressekonferenz

¹ Brief Ahlers an Kiesinger, 15.1.1969. ACDP: NL-226 (Kiesinger), A001.

² Valentin Falin, Politische Erinnerungen, München 1993, S. 55; Julij A. Kwizinskij, Vor dem Sturm – Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993, S. 226.

³ Für die Koordination zwischen Kiesinger und Schütz siehe u.a. den Brief des Bundesbevollmächtigten für Berlin, Krautwig, an Carstens, 14.2.1969; ACDP: NL-226 (Kiesinger), A005.

⁴ Notiz in Schreibmaschinenschrift vom 21.2.1969. SAPMO: Büro Ulbricht, DY30/3500.

⁵ Abgedruckt in: Europa-Archiv, Jg. 24 (1969), Folge 8, S. D193; und Diehl, Politik, S. 450. Ablichtung des Originalbriefes in den Stasi-Unterlagen des Überbringers Hermann von Berg. BStU: GH 25/87.

⁶ Gesprächsprotokoll Kiesinger-Zarapkin am 22.2.1969 in Bonn. PA AA: B150/147. Die DDR erhielt das sowjetische Protokoll erst am 24.2.1969. SAPMO: Büro Ulbricht, DY30/3495.

⁷ Gesprächsprotokoll Kiesinger-Zarapkin am 23.2.1969, 16-17 Uhr mit anschließender lockerer Unterhaltung in Stuttgart, angefertigt durch den Dolmetscher am 25.2.1969 in Bonn. PA AA: B150/147.

ab, auf der er nicht nur Bilder seines Weintrinkens mit Zarpkin verbreiten, sondern auch gleich noch den Inhalt der Gespräche verlauten ließ. Es sei nun an Moskau, Ostberlin dazu zu drängen, mehr als nur ein Passierscheinabkommen für die Verlegung der Bundesversammlung anzubieten.¹ Damit hatte er nicht nur die Meßlatte gegenüber den Russen um entscheidende Zentimeter zu hoch angesetzt, sondern sich selbst auch in aller Öffentlichkeit – ohne Zwang und ohne Rückzugsmöglichkeiten – dazu bekannt. Kiesinger war gewillt, die Gelegenheit zu nutzen und vor der deutschen Öffentlichkeit und nicht zuletzt vor der eigenen Partei Führungsstärke zu zeigen.² Seinem persönlichen Referenten vertraute der Kanzler anschließend zufrieden an: „Damit ist der Dampf heraus. Nach diesem Foto glaubt keiner mehr an eine ernsthafte Bedrohung durch die Sowjetunion.“³

Kiesinger hielt aber auch nach Stuttgart Kontakt zu den Sowjets, die er über seinen persönlichen Referenten Neusel, den Journalisten Meißner und den CDU-Geschäftsführer Heck bis zum Wahltag am 5. März in weitere Gespräche verwickelte.⁴ Nach weiteren Maßnahmen des Ostens kam es am 2./3. März zu einer nächtlichen Notsitzung des Bundeskabinetts im Palais Schaumburg. Daß erst hier die Entscheidung zur Durchführung in Berlin getroffen wurde,⁵ ist wohl eher ein Mythos, die Würfel dazu waren längst gefallen. Bereits am Vortag hatte Kiesinger nämlich öffentlich erklärt, daß man, da der Osten nicht bereit sei, einen „überzeugenden Verständigungsbeitrag“ zu leisten, den Nervenkrieg um Berlin einfach durchstehen müsse.⁶ Der Kanzler hatte jedenfalls erreicht, was er wollte: eine ernste Berlin-Krise war für die Sowjets ohne größeren internationalen Gesichtsverlust nicht möglich; er selbst hatte Führungsstärke vor der eigenen Partei und den eigenen Verbündeten, vor allem vor der neuen konservativen Regierung Nixon demonstriert, in Berlin gepunktet

¹ BPIA: Süddeutsche Zeitung, 24.2.1969; Der Spiegel, 3.3.1969. Dies geht eindeutig über die bei Diehl, Politik, S. 453, zitierte kurze und angeblich mit Zarpkin abgestimmte Sprachregelung hinaus.

² Dazu auch die Note „Le problème allemand“ der Sous-Direction Europe Centrale (YP/CT) vom 19.2.1969. MAE.; Série Europe, Sous-Série République Fédérale d'Allemagne, vol. 1813.

³ Schreiben Hans Neusels an den Autor vom 29.6.2004.

⁴ Tatsächlich hat Gustav Meißner (ein ehemaliger Legationsrat und langjähriger Vertrauter von Kiesingers Referenten Neusel, der damals einen „Exklusiv-Dienst – Interna aus Politik und Wirtschaft“ betrieb) im Auftrage des Kanzlers bereits am 19.2.1969 ein „Non-Paper“ in der sowjetischen Botschaft übergeben, nach dem „bei einem konkreten Angebot für eine baldige und dauerhafte Regelung der Passierscheinfrage in Berlin Bereitschaft besteht, die Entscheidung über den Ort der Bundesversammlung einer Revision zu unterziehen.“ Eine weitere, von Meißner übermittelte Forderung des Kanzlers war, daß der Deal öffentlich gemacht werden konnte. Laut einem Vermerk Meißners kam es am 25. und 27.2.1969 – also zwei Tage nach dem Treffen in Stuttgart – zu zwei weiteren Gesprächen mit Borowinskij, dem „sehr daran lag, zu erfahren, unter welchen äußersten Bedingungen (Passierscheinregelung) nun wirklich eine Änderung des Tagungsortes der Bundesversammlung möglich sein werde.“ Heck wiederum übermittelte den Sowjets: „Es würde schon reichen, wenn die DDR ihr Einverständnis zu Osterbesuchen erklärt und Verhandlungen über eine längerfristige Regelung signalisiert.“ Sowjetische „Information“ an Ulbricht, 2.3.1969. SAPMO: Büro Ulbricht, DY30/3495.

⁵ So Diehl, Politik, S. 454.

⁶ Europa-Archiv, Jg. 24 (1969), Folge 8, S. D198.

und sich in der eigenen Fraktion Luft verschafft – und all dies ohne einen offensichtlichen Preis bezahlen zu müssen.

Die Diskussion im Frühjahr 1969 über den immer noch nicht erfolgten Beitritt Bonns zum Nichtverbreitungsvertrag bildete das zweite Element des Dreiklangs. Nachdem auch die bisher sehr kritisch aufgetretenen Italiener den NV-Vertrag am 28. Januar 1969 unterzeichnet hatten, war die Bundesregierung mit ihrer seit 1967 aus dem Kanzleramt koordinierten Verhindern-durch-Verzögern-Taktik im eigenen Bündnis vollends isoliert. Brandt drängte jetzt auf die westdeutsche Unterschrift unter den am 1. Juli 1968 von 56 Nationen unterzeichneten Vertrag.¹ Der Öffentlichkeit sollte möglichst schnell gezeigt werden können, daß die vier im April 1967 formulierten Bedingungen (ungehinderte Nutzung der friedlichen Kernenergie/deutliche Verbindung zur allgemeinen Abrüstung/Gewährleistung der Sicherheit/keine Beeinträchtigung regionaler, europäischer Einigungsbestrebungen) erfüllt waren. Dazu bedurfte es nur noch einer Sicherheitsgarantie durch Moskau. Die – genauer noch: eine Garantie selbst vor der Androhung von Gewalt – hatte Bundeskanzler Kiesinger höchstpersönlich zu *dem* Entscheidungskriterium für eine deutsche Unterschrift erhoben – wohl nicht zuletzt im sicheren Wissen, daß die Sowjets derartiges noch nie zuvor an Bonn konzidiert hatten.²

In einem Gespräch mit Brandt erklärte sich Kiesinger damit „einverstanden zu sagen: Wenn diese Frage bereinigt wird (z.B. durch einen Vorgriff auf die Gewaltverzichtserklärung), würde dies die Chance für eine Zustimmung zum NV-Vertrag entscheidend verbessern.“³ Die Formel vom „entscheidenden Kriterium“ ließ Kiesinger angesichts der positiven sowjetischen Reaktion⁴ aus Angst vor „starken Angriffen“ aus der eigenen Partei aber lieber aus den offiziellen Sprachregelungen streichen.⁵ Am 6. Februar übergab Botschafter Zarapkin tatsächlich eine schriftliche Erklärung, wonach die VN-Resolution 255 vom 19. Juni 1968 (Schutz vor Gewalt und Gewaltandrohung von Nuklearmächten für NV-Unterzeichnerstaaten) ausdrücklich auch für die Bundesrepublik anerkannt und der Bundesregierung „selbstverständlich[...] im vollen Umfang“ die gleichen

¹ Willy Brandt, Sperrvertrag und Gleichberechtigung, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 31.1.1969. AdsD: Dep.E.B., Bd. 394.

² Vgl. Kiesinger - Lodge vom 7.1.1969. PA AA: B150/144. Fernsehinterview Kiesingers vom 10.1.1969. Plurex 407, Bonn, 27.1.1969, von Duckwitz an Washington, in: AAPD 1969, Dok. 31.

³ Ref. IIB1, Aufzg. betr. NV-Vertrag, 20.1.1969, von Ruete an Minister. PA AA: B150/145.

⁴ Vgl. Gespräch Brandt - Zarapkin am 10.1.1969. PA AA: B150/144. Protokoll desselben Gespräches im „Tagebuch“ von Zarapkin, 10.1.1969. AVP RF: f.0757, op.14, p.53, d.5, 1.1-8.

⁵ Duckwitz informierte den deutschen Botschafter in Washington, Pauls, über diese Hintergründe aus einem Gespräch mit Kiesinger lieber in einem persönlichen Schreiben. AAPD 1969, Dok. 36.

Rechte und Pflichten des NV-Vertrages zuerkannt wurden.¹ Das kam einer inoffiziellen Revision der Artikel 53 und 107 der VN-Charta gleich, die – von der sowjetischen Propaganda immer wieder ins Feld geführt und vom Kanzler gleichermaßen vehement kritisiert – ein eigentlich längst überholtes Interventionsrecht der Siegermächte, also auch der UdSSR, in Deutschland kodifizierten.

Im Umfeld Brandts meinte man, jetzt nur noch die Fraktion der CDU/CSU von diesem „Erfolg“² überzeugen zu müssen. Wieder intervenierte Kiesinger: die Resolution 255 sei viel zu wenig, wenn schon keine Aufgabe der VN-Artikel 53 und 107 mit den Sowjets möglich sei, sollte zumindest eine sowjetische Erklärung her, daß der VN-Artikel 2 (der Schutz vor feindlicher Aggression) auch die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR regule – und somit die Feindstaatenartikel obsolet machte. Man könnte es im nachhinein als eine Ironie der Geschichte ansehen: Während Duckwitz vergeblich um das Verständnis der Sowjets um eine – wie in der Berlin-Krise - wieder einmal höher geschraubte Forderung Kiesingers warb,³ gab der amerikanische Präsident nur wenige hundert Meter südlich an der Godesberger Allee grünes Licht: Die deutsche Seite brauche einfach eine sowjetische Garantie in Bezug auf die Bestimmungen der UN-Satzung. Kiesinger relativierte sofort – die deutsche Öffentlichkeit und auch seine eigene Partei seien noch gespalten.⁴ Von der entscheidenden Vorbedingung, die der Kanzler selbst Anfang Januar ins Spiel gebracht hatte, wollte er jetzt nichts mehr hören und wissen.⁵

Angesichts Kiesingers Verzögerungstaktik forderte Bahr – der mittlerweile auch Barzel und Birrenbach für eine kurzfristige Unterschrift gewonnen hatte⁶ - seinen Vorgesetzten und Freund auf, endlich die Initiative zu ergreifen.⁷ Doch nur wenige Tage später meinte der Außenminister plötzlich, man solle sich doch nicht unter einen „selbstgemachten Zeitdruck“ setzen lassen, „die Welt geht nicht unter, wenn wir jetzt nicht unterschreiben.“ Was Willy Brandt dazu bewog, seinen engsten Mitarbeiter auszuhebeln, ist nur schwer zu beantworten. Angst davor, kurz vor den Wahlen die Verantwortung für den Bruch der Koalition angeheftet

¹ Ref. V1 (Blomeyer), Aufzg. betr. Erklärung des sowjetischen Botschafters Zarapkin vom 6.2.1969 gegenüber dem BM, 8.2.1969. AdsD: Dep.E.B., Bd. 399. Gesprächsprotokoll Brandt - Zarapkin vom 6.2.1969 auf Bühler Höhe. PA AA: B150/146.

² Vermerk Bahrs an Brandt, 11.2.1969. AdsD: Dep.E.B., Bd. 395.

³ FS 213 von Duckwitz an Washington, 25.2.1969, über die Unterredung mit Zarapkin am 24.2.1969, und erläuterndes Schreiben von Duckwitz an Zarapkin vom 26.2.1969. PA AA: B150/147.

⁴ Gespräch Kiesinger-Nixon am 26.2.1969, in: AAPD 1969, Dok. 79. Für Nixons Vorbereitung darauf siehe NARA: Nixon, NSC, PTF, vol. 442.

⁵ So ließ Kiesinger im Auswärtigen Amt verlauten, er sei „außerstande, sich eine abschließende Meinung zu bilden.“ Vermerk Ruetes, 3.4.1969, über ein Telefonat mit Carstens. PA AA: B150/150.

⁶ Vermerk Bahrs an Brandt, 13.3.1969. AdsD: Dep.E.B., Bd. 399. Kurt Birrenbach, Meine Sondermissionen – Rückschau auf zwei Jahrzehnte bundesdeutscher Außenpolitik, Düsseldorf 1984, S. 220.

⁷ Vgl. den nicht versandten Briefentwurf Bahrs für Brandt an Kiesinger, Juni 1969. AdsD: Dep.E.B., Bd. 395.

zu bekommen¹, Zeitgewinn für weitere Sondierungen mit den Liberalen, oder auch die Furcht, als gescheiterter Außenminister von Wehner und Schmidt als Kanzlerkandidat demontiert zu werden, könnten eine Rolle gespielt haben. Am 5. April sprachen Kiesinger und Brandt noch einmal über den Vertrag und rationalisierten die Verschiebung der NV-Entscheidung.² Letztlich war es eine Art von Gentlemen's-Agreement: Die Entscheidung zur Unterschrift war – auch bei Kiesinger – längst gefallen; die erreichten Verbesserungen des Vertrages waren genauso wenig zu übersehen wie die zunehmende Isolierung Bonns seit der Vertragsunterzeichnung durch die Mehrzahl der Verbündeten. Das Stillhalte-Abkommen der beiden Koalitionsspitzen ermöglichte es im eigenen, aber auch im deutschen Interesse, das Thema NV-Unterschrift aus dem Wahlkampf herauszuhalten, um (und das wurde sowohl von Kiesinger als auch von Brandt impliziert und verstanden) anschließend bei veränderten Mehrheitsverhältnissen ohne persönlichen Gesichtsverlust darauf zurückkommen zu können.

Das dritte Element des ostpolitischen Dreiklangs in der Spätphase von Kiesingers Kanzlerschaft bildete die Frage der Fortsetzung der nach der CSSR-Krise unterbrochenen Verhandlungen zwischen Bonn und Moskau über ein bilaterales Gewaltverzichtsabkommen. Über die Vorteile einer Fortsetzung waren sich Kiesinger und Brandt längst im klaren. Die CSSR-Krise hatte Kiesingers altes Diktum, daß alle ostpolitischen Initiativen über Moskau zu laufen hatten, nochmals eindrücklich bestätigt. Und die außenpolitische Situation schien günstig: Parallel zu ihren Offerten für eine Verlegung der Bundespräsidentenwahl aus Berlin und für eine NV-Unterschrift Bonns wiederholte die sowjetische Führung auf offiziellen und inoffiziellen Kanälen,³ zuletzt auch öffentlich im Budapester Appell vom 17. März 1969, ihren Willen, die GV-Gespräche ernsthaft fortsetzen zu wollen.

Wieder verzögerte der Kanzler. Der Entwurf einer westdeutschen Antwortnote wurde erst zwei Monate später, am 3. April, mit einer umfangreichen Liste von Änderungswünschen zurück ans Auswärtige Amt geschickt. Vielleicht wollte Kiesinger erst den Verlauf der deutsch-sowjetischen Kontakte abwarten, vielleicht auch nur die Großwetterlage in der Großen Koalition im Wahljahr 1969 abschätzen. Die jetzt vom Staatssekretär des Kanzleramtes vorgelegten „Anmerkungen“ waren jedoch so fundamentaler Natur, daß sie auf Expertenebene zwischen Kanzler- und Auswärtigem Amt nicht mehr zu bereinigen waren. Carstens kritisierte – eigentlich eine unerhörte Peinlichkeit für einen professionellen

¹ So eine Äußerung Brandts gegenüber Wilson im Februar 1969. Harold Wilson, *Die Staatsmaschine – Erinnerungen des britischen Premiers, 1964-1970*, Wien 1972, S. 438.

² Handschriftliche Notizen Brandts über ein Gespräch mit Kiesinger, 5.4.1969. AdsD: WBA, BAM, Mappe 18.

³ So im Gespräch Brandt-Gromyko, New York, 8.10.1968, in: AAPD 1968, Dok. 327 und 328; Gespräch Gromyko-Allardt, Moskau, 11.12.1968; PA AA: B150/142. Gespräch Brandt- Zarapkin, 10.1.1969; AdsD: Dep.E.B., Bd. 393. Die sowjetischen Protokolle finden sich in: AVP RF: f.0757, op.13, p.51, d.4, 1.15-25 bzw. 1.26-33; sowie op.14, p.53, d.5, 1.1-8.

Diplomaten - im Auftrage seines Chefs stellenweise sogar Formulierungen, denen Kiesinger, das Kanzleramt und er selbst noch in der deutschen Note vom April 1968 ausdrücklich zugestimmt hatten. Was sich nach der und durch die Bundestagswahl vom September 1969 auflösen sollte, stellte sich in der Großen Koalition während des Frühjahrs aber noch als unüberwindbares Hindernis dar. Gleichbehandlung der DDR, Bezug auf Potsdam und innerstaatliche Durchsetzung eines GV-Abkommens hießen die markantesten Unterschiede in den GV-Entwürfen der beiden Ämter, in denen zugleich auch manche ideologische Barrieren der traditionellen außenpolitischen Dogmen zwischen Union und SPD wieder aufschienen.¹

Das Thema GV-Erklärung blieb bis zur Bundestagswahl ein heißes Eisen für die Koalition, da es all diejenigen Themen notwendigerweise umfaßte, die in der Ostpolitik umstritten waren. Als der neue Regierende Bürgermeister Berlins, Klaus Schütz, in einem Interview in *Die Zeit* öffentlich die Oder-Neiße-Linie akzeptierte, spürte Kiesinger das Ende seiner Kanzlerschaft kommen. Mit leicht resignierendem Unterton offenbarte er Brandt seine „erheblichen Sorgen“ Und: „Ich habe mich bisher nicht dazu geäußert, um eine schädliche öffentliche Auseinandersetzung zu vermeiden“² Offensichtlich wollte er, dessen Kanzlerschaft von der Fortsetzung der Großen Koalition abhing, das Thema Anerkennung aus dem anlaufenden Wahlkampf gänzlich ausklammern. Nur so hätte es gelingen können, die Kalten Krieger aus den eigenen Reihen und die neuen Ostpolitiker aus der SPD erneut in einer Koalition zusammenzubringen. Nur knapp zwei Wochen später bat er Brandt abermals „dringlich“, in diesem Sinne auf Schütz einzuwirken.³

Ganz ausweichen konnte der Kanzler dem Thema Ostpolitik im Wahlkampfsommer 1969 aber selbst nicht. In seinen Wahlreden sprach er der sowjetischen Führung wiederholt den Willen zu „wirklicher Entspannung“ ab und machte eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen von der sowjetischen Haltung zur deutschen Frage abhängig.⁴ Während eines Besuches bei Nixon wurde Kiesinger sogar noch deutlicher, machte sich über die nichtssagende Rede Gromykos vom 10. Juli lustig, die in Bonn bislang nur von „Tagträumern“ gedeutet worden wäre;⁵ zeigte sich genervt von Brandts „unaufhörlichem Gerede“ über eine Europäische Sicherheitskonferenz (der späteren KSZE, von der er wußte, daß Nixon sie ablehnte); lehnte mit der vorgeblichen Mehrheit der Deutschen eine

¹ Synopse der Entwürfe von Kanzler- und Auswärtigem Amt. Ref. IIB2 (Rantzau), Aufzg. betr. Stellungnahme des Bundeskanzlers vom 3. April 1969, 28.4.1969. PA AA: B150/150. Brandt an Kiesinger, 20.5.1969. AdsD: WBA, BAM, Mappe 13.

² Brief Kiesingers an Brandt, 11.7.1969. AdsD: Dep.E.B., Bd. 400.

³ Brief Kiesingers an Brandt, 24.7.1969, Brandts Antwort, 25.7.1969. ACDP: NL-226 (Kiesinger), A001.

⁴ Siehe Kiesingers Ansprache vor dem National Press Club am 8.8.1969 in Washington, sein Interview zur Ost- und Deutschlandpolitik mit der Süddeutschen Zeitung in Frankfurt/M am 26.8.1969 und seine Rede am 31.8.1969 in der Westfalenhalle in Dortmund. Kiesinger, Große Koalition, S. 308-322.

⁵ Memcon Kiesinger-Agnew, 8.8.1969. NARA: RG59/2122.

Anerkennung der DDR (auch das ein Anliegen Nixons) und eine Aufgabe der Hallstein-Doktrin rundweg ab; und reüssierte über die „Neo-Marxisten in der FDP“. Natürlich war man sich bei so viel gegenseitigem Verständnis am nächsten Tag auch in der Bewertung der Studentenunruhen einig:

Nixon: „[Are] the German students in as much turmoil as those in the US?“

Kiesinger: “Yes.”

Kissinger: “The German students [are] even more violent than American students.”

Nixon: “What major causes [do] the rebelling German students espouse?”

Kiesinger: “Less work, paradise on earth, no domination of man by man, dissolving the government and all bodies of authority[...].”

Kissinger: “[I believe] that the students in the FRG [are] more dangerous than the NPD and more National Socialist in character, as they [are] romantic, irrational and violent.”¹

Noch einmal ignorierte Kiesinger das mit Brandt vereinbarte Stillhalteabkommen in Sachen Ostpolitik, als er sich in den letzten Tagen des Wahlkampfes über die am 12. September übergebene sowjetische GV-Note öffentlich lustig machte.² Ein spürbar deprimierter Willy Brandt schrieb bald darauf einen persönlichen Brief an Kiesinger, in dem er ihn daran erinnerte, daß auch diese Note – vor allem das Fehlen jeder Polemik darin – das Ergebnis der einst gemeinsam angestrebten neuen Ostpolitik sei. Aber es war auch ein Abschiedsbrief. Wie einem engen Verwandten, den man schon oft ermahnt hat, fügte Brandt handschriftlich hinzu: „Mir lag daran, Ihnen dies noch einmal nahezubringen.“³ Mit den öffentlichen Äußerungen des Kanzlers war der Dialog zu Moskau aus parteiinternen und wahlkampfstrategischen Gründen auch offiziell auf Eis gesetzt. Kiesinger – so sein ehemaliger Berater Besson – „hatte sich tatsächlich weit vom Ansatz der Großen Koalition entfernt.“⁴ Aber – und dies sollte unbedingt ergänzt werden – nicht aus mangelnder Einsicht, sondern unter dem Druck der Mehrheit aus Kalten Kriegern in der eigenen Fraktion. Seine Reaktion - Vertagung und Aussitzen bis zur Bundestagswahl - diente neben dem persönlichen auch dem Machterhalt jener Partei und ihrer Fraktion, die nicht nur Brandts, sondern auch seine eigene Ostpolitik blockierten.

Gar nicht so lange nach diesen Ereignissen, Ende der siebziger Jahre, und doch bereits als Oppositionspolitiker von Ehrgeizigeren in der eigenen Partei und von dem mit dem ostpolitischen Heiligenschein des Nobelpreisträgers entrückten Willy Brandt weitgehend ins öffentliche Abseits gedrängt, wies Kurt Georg Kiesinger in Interviews immer wieder auf

¹ Memcon Kiesinger-Nixon, 8.8.1969; vorherige Zitationen aus dem Memcon Kiesinger-Nixon vom 7.8.1969. NARA: Nixon, President-HAK (President-Kissinger), vol. 1023.

² Helmut Allardt, Moskauer Tagebuch – Beobachtungen, Notizen, Erlebnisse, Düsseldorf 1973, S. 146.

³ Brandt an Kiesinger, 18.9.1969. AdsD: WBA, BAM, Mappe 13.

⁴ Waldemar Besson, Die Außenpolitik der Bundesrepublik – Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970, S. 437.

zweierlei hin: daß Brandt eigentlich nur *seine* Ostpolitik fortgeführt habe und daß er mit der im September 1969 haarscharf verpaßten absoluten Mehrheit im Rücken diese auch selbst erfolgreich durchgesetzt und realisiert hätte. Kiesingers Integrität, Scharfsinn und Einsichtsfähigkeit – gerade auch was den notwendigen Neuanfang der im Herbst 1966 weitgehend isolierten Bonner Ostpolitik anging – steht außer Frage. Bei seinen rückblickenden Erklärungen ist jedoch Zweifel geboten. Die ostpolitischen Neuansätze Kiesingers und Brandts deckten sich vor allem in Fragen des machtpolitischen Kalküls und Taktierens. Der in der langfristig angelegten Aufweichungsstrategie seines Außenministers angelegten ideologischen und womöglich destabilisierenden Komponente stand Kiesinger – wie die Auseinandersetzungen im Frühjahr und Herbst 1968 (also vor *und* nach der CSSR-Krise) zeigen, deutlich skeptischer, schließlich sogar ablehnend gegenüber. Außerdem könnte argumentiert werden, daß ein Unionskanzler mit absoluter Mehrheit im Parlament – nach dem kurzfristigen Bonus der gewonnenen Wahl – sehr bald zum Gefangenen der Betonköpfe in der eigenen Fraktion und der Karrieristen und Populisten im eigenen Kabinett geworden wäre. Als Folge einer solchen Konstellation hätte die westdeutsche Ost- und Deutschlandpolitik – trotz Kiesingers gutem Willen und trotz mancher vielversprechender Vorarbeiten der Großen Koalition - den Anschluß an die internationalen Entspannungsbestrebungen wohl rasch verloren und wäre statt zum Mitgestalter zum Spielball und damit voraussehbar auch zum Verlierer der aufziehenden Détenteära geworden. Erst Helmut Kohl sollte es 1982/83 gelingen, die Unionsparteien und ihre Anhängerschaft weitgehend mit den Weichenstellungen der für die bundesrepublikanische Außenpolitik (nach Adenauers Westoption) zweiten konstituierenden Phase zu versöhnen. Während das Argument, daß Verträge zu erfüllen seien („pacta sunt servanda“), in der innerparteilichen Diskussion auffällig inhaltsarm wirkte, war das zweite Argument – der Verweis auf die FDP –umso schlagkräftiger. Ohne Kontinuität in der Ostpolitik würde es keinen Koalitions- und damit auch keinen Machtwechsel zur Union geben. Genau dieser doppelte Büttel – der mit einem kleineren Koalitionspartner verbundene Machterhalt – hätte Kiesinger aber ab 1969 gefehlt.

Von Zeitgenossen wie Johnson, de Gaulle, Wilson oder dem Duo Brandt/Bahr sind detaillierte außenpolitische Konzeptionen überliefert. Eine in sich ähnlich abgeschlossene Planung für Kurt Georg Kiesinger vorzustellen oder gar zu belegen, ist so schwierig wie bei kaum einem Bundeskanzler vor oder nach ihm. Dies liegt einerseits in dem von Kiesinger bevorzugten mündlichen Arbeitsstil begründet, andererseits aber auch in den verschiedenen Rollen, die er in der Großen Koalition ausfüllen mußte und die für Außenstehende und selbst für Insider oft nur schwer, wenn überhaupt, zu trennen waren. Auch heute noch ist mit den

Zeitgenossen zu fragen, wo hinter all den Notwendigkeiten von Populismus und Parteiarithmetik – also den Rollen als Wahllokomotive und Chefvermittler in der Koalition – die sachpolitische Substanz des Außenpolitikers lag; wo Wahlkalkül und Narzißmus, wo innerparteilicher Machtkampf aufhörten – und wo außenpolitische Konzeption und Grundüberzeugung anfangen. Für Kiesinger war die Ost- und Deutschlandpolitik aber nicht nur der potentielle Sprengstoff der Großen Koalition, sondern immer auch ein Instrument des Machterhalts – gegen die zentrifugalen Kräfte in der Koalition und in der westdeutschen Gesellschaft. Eine detaillierte und vor allem öffentliche Festlegung – oder „Farbe bekennen“, wie es Kiesinger-Biograph Gassert nennt – mußte der Kanzler schon deshalb unbedingt vermeiden. Insofern spricht vieles dafür, daß die von Kiesinger über drei Jahre praktizierte Gleichzeitigkeit von Entspannungsgesten und hartnäckiger Verteidigung überkommener Positionen eine bewußte Wagheit seines ostpolitischen Programms konstituierte. Kurt Georg Kiesinger stand – und hier liegt sicher eine Wahrheit sowohl seiner Kanzlerschaft als auch seiner Ostpolitik – in einem ständigen Spagat zwischen innenpolitischem, vor allem auch innerparteilichem Machtkalkül und der individuellen Einsicht in außenpolitische Notwendigkeiten.